

**Herausgeber:**

Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg  
Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: (0049) 03 31/8 66 - 72 37 und 70 17

Fax: (0049) 03 31/8 66 - 70 18

E-Mail: [Pressestelle@MLUV.Brandenburg.de](mailto:Pressestelle@MLUV.Brandenburg.de)

[www.mluv.brandenburg.de](http://www.mluv.brandenburg.de)

**Abbildungen**

**MLUV-Fotoarchiv** – Alle Rechte angekauft bzw. Nutzung freigegeben

Conny Arndt	Seite 48
Regine Baeker	Seite 26
fotolia.de	
Yuri Arcurs, AVAVA, Karin Eichinger, Tatiana Grozetskaya, Pressmaster, Erwin Wodicka, Anita Zander	Seiten 7, 8, 9, 10
Tortenboxer	Seite 46
Anne Dietschy	Seite 28
Irina Franken	Seiten 22, 45
Cerstin Hennig	Seiten 33, 38
Landesverband der Lebensmittelkontrolleure Berlin-Brandenburg e. V.	Seiten 42, 44
Friedrich-Loeffler-Institut, Bundesforschungsinstitut für Tiergesundheit	Seiten 27, 29
Stefan Günther	Seite 9
Index Stock / Avenue Images	Titel, Seiten 17, 19, 35, 50
Frank Kirchner	Seite 29
Prof. Dr. Roland Körber	Seite 3
Claudia Possardt	Seite 8
Antje Reschke	Seite 14
Dr. med. vet. Marion Tischer	Seite 8
TMB Tourismus-Marketin Brandenburg GmbH	Seite 24
Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.	Seiten 10, 20, 21

**Icons**

Irina Franken, ab Seiten 7, 23, 45

Harald Hirsch, ab Seite 33

DCM-Archiv, ab Seite 53

**Gesamtherstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Auflage: 3000

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz des Landes Brandenburg herausgegeben. Sie darf nicht zu Zwecken der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf sie nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte. Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit schriftlicher Genehmigung des Herausgebers.

**Verbraucherjournal 2009**

Die Themen im Verbraucherschutz nehmen nicht ab, im Gegenteil – sie werden vielschichtiger und komplexer. Täglich werden wir alle mit einer Fülle von Fragen konfrontiert.

Welche Lebensmittel sind wirklich gesund für mich? Was kann ich tun, um einen günstigen Handy-Vertrag abzuschließen? Was gilt es zu beachten, wenn ich über das Internet einkaufen will? Sind meine Geldanlagen sicher? Kann ich mich im Sommer getrost in einem Brandenburger Badensee erfrischen?

Aber auch:

An welche Behörde kann ich mich mit welcher Frage wenden? Was macht die Verbraucherzentrale und wie kann sie mir in der Wahrnehmung meiner Rechte helfen?

Dieses Verbraucherjournal informiert Sie über ein breites Spektrum an aktuellen Themen des Verbraucherschutzes. Sie bekommen einerseits Hinweise und Informationen zu alltäglichen Fragen, mit denen Sie als Verbraucherinnen und Verbraucher heute umgehen müssen. Andererseits wird Ihnen ein Einblick in die Brandenburger Verbraucherschutzpolitik gegeben. Ihnen werden beispielsweise die Aufgaben der zuständigen Behörden vermittelt oder eine Übersicht über Berufsgruppen im Lebensmittelrecht und im Veterinärwesen gegeben. Es werden wichtige Fragen auf dem Gebiet der Verbraucherrechte angesprochen und wie sich Brandenburg hierbei einbringt.



Vielen Dank an die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V., den Verband der Lebensmittelkontrolleure Berlin-Brandenburg und das Ministerium für Infrastruktur für die Unterstützung bei der Erarbeitung dieser Broschüre.

A handwritten signature in black ink, consisting of a stylized 'D' followed by a horizontal line and a small flourish.

Dr. Dietmar Woidke

Minister für Ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Verbraucherschutz  
Land Brandenburg

**TIPP:**

Besuchen Sie uns auf unserer Homepage [www.mluv.brandenburg.de](http://www.mluv.brandenburg.de).

Weitere Informationen finden Sie auch auf den Webseiten unseres Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung [www.mluv.brandenburg.de/lvlf](http://www.mluv.brandenburg.de/lvlf) und des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit [www.bvl.bund.de](http://www.bvl.bund.de).

## Inhalt



### 1 Politik für die Bürgerinnen und Bürger

- |     |   |    |
|-----|---|----|
| 1.1 | Die Abteilung Verbraucherschutz stellt sich vor | 7  |
| 1.2 | Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.           | 10 |
| 1.3 | Informationsmöglichkeiten für Verbraucher       | 12 |
| 1.4 | Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr              | 13 |
| 1.5 | Vertragsfallen am Telefon und im Internet       | 15 |
| 1.6 | Anlageberatung in Zeiten der Finanzkrise        | 18 |
| 1.7 | Dienstleistungen beim polnischen Nachbarn       | 20 |



### 2 Gesundheitsvorsorge

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 2.1 | Untersuchung des Trinkwassers in Brandenburg           | 22 |
| 2.2 | Wohlfühlfaktor in öffentlichen Schwimm- und Badebecken | 24 |
| 2.3 | Allergiegefahr durch Ambrosia                          | 25 |
| 2.4 | Reisemitbringsel Tollwut                               | 27 |
| 2.5 | Kleiner Fuchsbandwurm in Brandenburgs Wäldern          | 28 |
| 2.6 | Strahlenbelastung von Waldpilzen in Brandenburg        | 29 |



### 3 Lebensmittelsicherheit

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 3.1 | Werbetricks bei Lebensmitteln                | 33 |
| 3.2 | Schadstoffe des Monats                       | 35 |
| 3.3 | Gentechnik im Einkaufskorb                   | 38 |
| 3.4 | Berufe im gesundheitlichen Verbraucherschutz | 40 |
| 3.5 | Arbeit eines Lebensmittelkontrolleurs        | 43 |



## **4 Produktkontrolle**

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 4.1 | Düngemittel für den Garten                       | 45 |
| 4.2 | Energieeffiziente Haushaltsgeräte                | 46 |
| 4.3 | Kraftstoffqualitäten auf dem Prüfstand           | 48 |
| 4.4 | Gefährliche Stoffe im Internet unter Beobachtung | 50 |



## **5 Informationen**

- |     |  |    |
|-----|--|----|
| 5.1 | Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.                        | 52 |
| 5.2 | Überwachungsbehörden und -einrichtungen im Verbraucherschutz | 54 |





# 1 Politik für die Bürgerinnen und Bürger

## 1.1 Die Abteilung Verbraucherschutz stellt sich vor

Um die Jahrtausendwende spitzte sich die BSE-Krise in Europa zu. Futtermittelskandale häuften sich. Die Verbraucher waren verunsichert.

Am 15. März 2001 wurde die Abteilung Verbraucherschutz im damaligen Ministerium für Landwirtschaft, Umweltschutz und Raumordnung eingerichtet.

In dieser Abteilung bündelte die Landesregierung alle verbraucherschutzrelevanten Aufgaben des Ministeriums.

Hinzu kamen Aufgaben, wie die Betreuung und Förderung der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. sowie die Gewährleistung der Trinkwasser- und Badegewässerqualität.

Ziel ist die Gestaltung einer ganzheitlich ausgerichteten Verbraucherpolitik in Brandenburg mit dem Anspruch, den Verbraucher in seinem gesamten wirtschaftlichen Handeln zu begleiten, ihn zu informieren und für sichere Lebensmittel „Vom Feld bis auf den Teller“ zu sorgen.

In der täglichen Arbeit gibt es vielfältige Beziehungen zum Umwelt- und Gesundheitsschutz, zur Landwirtschaft, zur Wasserwirtschaft und zu wirtschafts- und sozialpolitischen Aspekten. Hierbei ist eine enge Zusammenarbeit mit Bundesministerien und der EU-Kommission gefordert, da viele Entscheidungen, Gesetze und Verordnungen auf diesen Ebenen beschlossen werden. Sie bedürfen dann der Umsetzung und des Vollzugs auf Landesebene.

Die Abteilung Verbraucherschutz des Ministeriums wird durch nachgeordnete Einrichtungen in ihrer Arbeit unterstützt. Das Landesumweltamt, das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung und das Landeslabor Berlin-Brandenburg übernehmen

nicht nur Vollzugsaufgaben, sondern haben in Teilaufgaben auch die Funktion einer wissenschaftlich-technischen Fachbehörde.

Das neue gemeinsame Landeslabor Berlin-Brandenburg hat zum 1. Januar 2009 seine Arbeit in der Rechtsform einer gemeinsam getragenen Anstalt öffentlichen Rechts aufgenommen. Es ist aus den bis dahin getrennten Laboreinrichtungen der beiden Länder hervorgegangen. Menschen und Warenströme orientieren sich nicht an Ländergrenzen.

Durch die Zusammenführung der Laborkapazitäten können amtliche Untersuchungen verlässlich auf einem gleichmäßig hohen Niveau, unter Nutzung von Synergieeffekten und Ausschöpfung von Wirtschaftlichkeitsreserven durchgeführt werden.

Wie ist die Abteilung heute aufgestellt?

In sechs Referaten werden die unterschiedlichen Aufgabenbereiche mit den nachfolgenden Schwerpunkten von insgesamt 45 Mitarbeitern bearbeitet:

### Verbraucherberatung und -information, Verbraucherrechte



Die Information und Beratung der Verbraucherinnen und Verbraucher wird durch die finanzielle Unterstützung der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. gesichert.

Die enge fachliche Zusammenarbeit mit der Verbraucherzentrale soll ein hohes Niveau des Informationsangebots an die Bürgerinnen und Bürger unterstützen.

Zahlreiche Projekte zur Verbraucheraufklärung, wie

- das Projekt „Auskommen mit Einkommen“ für einkommensschwache Familien gemeinsam mit dem Sozialministerium,

- die Biobrotbox-Aktion für Schulanfänger oder
- die deutsch-polnische Verbraucherberatung

wurden initiiert und begleitet.

Der wirtschaftliche Verbraucherschutz erhält zunehmend einen höheren Stellenwert, dem durch aktuelle und problemorientierte Verbraucherinformationen Rechnung getragen wird. Hierzu zählen Themen wie der Umgang mit dem Internet und den Telefonanbietern, die Auswirkungen der Finanzkrise oder auch aktuelle Entwicklungen auf dem Energiemarkt und der Energieversorger.

Problemorientierte Verbraucherpolitik bedeutet in der täglichen Praxis aber auch, entsprechende Rechtsetzungsvorhaben des Verbraucherschutzes im Interesse der Bürger zu begleiten und durch bürgernahe Informationen zu erläutern.

### **Tierseuchenverhütung und -bekämpfung**



Das Tierseuchenrecht regelt die Ein- und Ausfuhr von Tieren und tierischen Erzeugnissen. Hierbei geht es um die Abwehr der Einschleppung von Tierseuchen aus dem Ausland durch Vorbeugung, durch Impfung, ebenso wie um die Bekämpfung von Tierseuchen im Inland. Sollte es zum Ausbruch einer Tierseuche in Brandenburg kommen, werden ein Landeskrisenstab und ein Landeskrisenzentrum eingesetzt.

Organisiert und koordiniert werden Tierseuchenalarm- und Bekämpfungspläne mit hierfür geeigneten Melde- und Informationssystemen.

### **Tierschutz**



Der Schutz der Tiere hat in den letzten Jahren im Bewusstsein der Bürger an Bedeutung gewonnen, er wurde als Politikziel nun-

mehr auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankert.

Die Verwirklichung artgerechter Tierhaltung steht für die Abteilung Verbraucherschutz im Vordergrund. Dazu gehören auch Fragen des Transportes und der Schlachtung von Nutztieren.

### **Tierarzneimittelüberwachung**



Unkontrollierter Einsatz und Missbrauch von Tierarzneimitteln führt immer wieder zu Belastungen von Lebensmitteln tierischen Ursprungs und stellt für die menschliche Gesundheit ein Gefährdungspotential dar. Hier leistet die Tierarzneimittelüberwachung einen wichtigen Beitrag, die Sicherheit des Verkehrs mit Arzneimitteln zur Anwendung beim Tier je nach Nutzungs- bzw. Haltungsform zu gewährleisten. Dies schließt sowohl die Herstellung als auch den Handel und die Anwendung von Tierarzneimitteln ein.

### **Lebensmittel- und Futtermittelsicherheit**



Meldungen wie über BSE, Gammelfleisch, Geflügelpest, schadstoffbelastetes Futter oder Cumarin beunruhigten viele Verbraucherinnen und Verbraucher. Durch Information bzw. Aufklärung der Bürgerinnen und Bürger über getroffene Maßnahmen und das tatsächliche Risiko kann das Vertrauen in die Sicherheit unserer Lebensmittel wiederhergestellt werden. Dies setzt eine von wirtschaftlichen Interessen unabhängige wissenschaftliche Risikobewertung voraus.

Die Hersteller und Händler von Lebens- und Futtermitteln sind selbst für die Einhaltung der rechtlichen Anforderungen an ihre Produkte verantwortlich. Der Staat kontrolliert stichprobenweise. In Brandenburg ist diese Aufgabe den Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämtern der Landkreise und kreisfreien Städte übertragen worden.





Ein Überwachungssystem zur Qualitätssicherung umfasst alle Stufen von der Erzeugung bis zum Verkauf von Produkten und nimmt dabei Hersteller, Verarbeiter und Überwachungsbehörden gleichermaßen in die Pflicht.

### **Badegewässer, Schwimm- und Badebeckenwasser**



Die Bewegung im und am Wasser bringt Spaß, ist erholsam und fördert die Gesundheit. Badenden steht in Brandenburg ganzjährig ein vielfältiges Angebot zur Ver-

fügung – sei es im Schwimm- und Freibad oder in einem der zahlreichen Badegewässer an den Badestellen. Zum Schutz der Badenden vor Infektionskrankheiten werden entsprechend der Badegewässerrichtlinie und der Brandenburgischen Badegewässerverordnung Qualitätsanforderungen der Wasserhygiene nicht nur passiv überwacht, sondern durch Beteiligung und Information der Öffentlichkeit mit einem aktiven Management der Badestellen begleitet.

### **Trinkwasserqualität und Trinkwasseruntersuchungsstellen**



Trinkwasser als unser wichtigstes Grundnahrungsmittel bedarf einer regelmäßigen Überwachung und Qualitätskontrolle. Die europäische Trinkwasserrichtlinie

legt nach wissenschaftlich-technischen Erkenntnissen maßgebliche Normen und Standards für das Wasser, das für den menschlichen Gebrauch insgesamt bestimmt ist – das Trinkwasser – fest. Die internationalen Anforderungen sind mit der deutschen Trinkwasserverordnung 2001 umgesetzt. Die überwachenden Gesundheitsbehörden und Wasserversorger führen im Rahmen der amtlichen Kontrolle und der Eigenüberwachung in Untersuchungsstellen Trinkwasseruntersuchungen nach einheitlichen Analyseverfahren durch.

### **Radiologische Umweltüberwachung (Strahlenschutz)**



Der Schutz der Bevölkerung und der Umwelt vor radiologischen Belastungen bildet den Schwerpunkt bei der Umsetzung des Atom- und Strahlenschutzvorsorgerechts.

Die Ermittlung der Umweltradioaktivität, die aufsichtliche Begleitung beim Rückbau des Kernkraftwerkes Rheinsberg, die gefahrlose Entsorgung radioaktiver Abfälle, die Ermittlung bzw. Überwachung hoch- und niederfrequenter elektromagnetischer Felder wie Hochspannungsleitungen oder Funksendeanlagen des Mobilfunks aber auch Vorsorgemaßnahmen für den Fall nuklearer Ereignisse dienen diesem Ziel.

### **Gentechnik**



Für die Landespolitik stellt die Gentechnik durch die gegensätzlichen Auffassungen zu ihren Chancen und Risiken eine große Herausforderung dar.

Das Blickfeld der öffentlichen Wahrnehmung hat sich auf den Bereich der Agro-Gentechnik verengt, da sich in Brandenburg in den letzten Jahren ein Großteil der Anbauflächen gentechnisch veränderter Pflanzen befand.

Im Bereich der medizinischen oder industriellen Anwendung gibt es diese Kontroverse weniger.

Eine kontinuierliche Überwachung gentechnischer Arbeiten, Anlagen oder auch Produkte garantiert, dass in Brandenburg Gefahren für Mensch oder Umwelt vorbeugend begegnet wird.

### **Produktkontrolle und Chemikaliensicherheit**

Die Belastung des Menschen und der Umwelt durch die Erzeugung, Verwendung und Entsorgung von chemischen Stoffen und Produkten



steht im Mittelpunkt des stoff-, produkt- und wirkungsbezogenen Umwelt- und Verbraucherschutzes. Die mögliche Gefährdung von Mensch und Biosphäre wird abgeschätzt und durch geeignete Maßnahmen so weit wie möglich begrenzt. Das zu betrachtende Spektrum umfasst einzelne Substanzen wie Ozonschicht schädigende Verbindungen, Stoffgruppen wie Polychlorierte Biphenyle (PCB) und Dioxin-Verbindungen, aber auch Produktkategorien wie Kraftstoffe, Reinigungsmittel oder Biozid-Produkte.

## 1.2 Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.



Beratung, Information und Interessenvertretung der Verbraucherinnen und Verbraucher – und das vor allem unabhängig von jeglichen Anbietern – so lassen sich kurz die Aufgaben der Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. zusammenfassen.

Fragen zu Telefon- und Internetgeschäften, Verträgen, Energiepreisen, zu Altersvorsorge, Reiserecht, Neuregelungen im Versicherungsrecht und im Pflegebereich beantworten die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verbraucherzentrale sachkundig. Eine flächendeckende Beratung und Information wird durch drei Beratungszentren in Cottbus, Frankfurt (Oder) und Potsdam, zehn Beratungsstellen und sieben Beratungsstützpunkte gewährleistet.

### TIPP:

#### Beratungsstellen:

Das landesweite Termintelefon 01805 / 00 40 49 bietet von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr die Möglichkeit, einen ersten Kontakt zu knüpfen (14 ct/min aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend). So kann jedes Anliegen zu den zuständigen Fachleuten der Verbraucherzentrale weitergeleitet und ein persönliches Gespräch oder eine telefonische Beratung vorbereitet werden.

Im Jahr 2008 nutzten fast 40.000 Verbraucher diese Möglichkeit, sich über ihre Rechte zu informieren. Ratsuchende leisten hierfür in der Regel eine Gebühr zwischen 5 und 20 Euro, bei aufwändigen Beratungen entsprechend mehr.



Ist ein Geschäft erst einmal gelaufen, kann auch mit Hilfe der Verbraucherzentrale der Schaden häufig nur noch begrenzt statt verhindert werden. Oft geben Abzocker vorsorglich keine „ladungsfähige Anschrift“ an. So kann ein Widerruf für bei einer Kaffeeahrt gekaufte teure Nahrungsergänzungsmittel praktisch daran scheitern, dass man das Geld gerichtlich nicht zurückholen kann. Bei missglückten Reparaturen fallen Nachweise schwer, Inkassobüros schüchtern angebliche Internet-Abo-Kunden ein oder Partnervermittler berufen sich auf Risiken einer Gerichtsverhandlung. Wer sich auskennt, lässt sich nicht so leicht per Vorkasse „über den Löffel balbieren“ und kann Marktvorteile für sich nutzen.

### TIPP:

**Sie können sich auch vor dem Abschluss eines Vertrages an die Verbraucherzentrale wenden. Eine vorherige Beratung kann Sie auf mögliche Stolpersteine aufmerksam machen.**

Die Verbraucherzentrale Brandenburg prüft die Relevanz und Erfolgsaussichten von Beschwerden im Hinblick auf rechtliche Konsequenzen und geht auch gegen ausgewählte Anbieter gerichtlich vor. Häufig erwarten Verbraucher hier mehr konsequente rechtliche Schritte und eine zeitnah spürbare Wirkung. Langwierige Verfahren z. B. gegen die Gasversorger zeigen, wie mühselig und wenig kalkulierbar solche Schritte sind.



Im Jahr 2008 ging die Verbraucherzentrale gegen aggressive Werbemethoden des Telekommunikationsanbieters 01019 vor Gericht. Mit Urteil vom 11. Dezember 2008 untersagte das Landgericht Hamburg dem Anbieter, zukünftig mit derart unlauteren Methoden Verträge zu schließen.

In über 1.300 Fällen halfen die Berater Verbrauchern auch mit einer außergerichtlichen Rechtsvertretung, den Gang vor Gericht zu vermeiden.

Um gar nicht erst in diese Situation zu geraten, ist vorbeugende Information und Beratung besonders wichtig.

Die Verbraucherzentrale führte 2008 an 12 Orten des Landes die Vortragsreihe zur Familienbildung „Auskommen mit dem Einkommen“ durch:

Welche Versicherung brauche ich wirklich?  
Wie kaufe ich günstig Lebensmittel?  
Wo sind die Energiefresser in meiner Wohnung?

Das waren nur einige Fragen, auf die ganz direkt geantwortet wurde.

Vorbeugende Informationen sind auch zur gesunden Ernährung notwendig. Schon tausende Kinder kamen in den Genuss des „Gesunden Schulfrühstücks“, mit dem die Ernährungsberaterinnen der Verbraucherzentrale in Schulen und Kitas ganz praktisch zeigen, wie man Kinder für den Tag fit machen kann. Zur Einschulung wurde in mehreren Schulen Brandenburgs ein appetitliches Frühstück für Erstklässler organisiert. Doch nicht nur für die Jüngsten ist die gesunde Ernährung wichtig, auch Senioren sollten nach dem Ausscheiden aus dem Berufsalltag und im Zuge des Älterwerdens Ernährungsgewohnheiten anpassen. Speziell für sie werden die Seminare „Fit im Alter“ angeboten, in denen die Verbraucher praxismgerechte Tipps für ihren Alltag bekommen. Allein im Jahr 2008 erreichten die Beraterinnen mit ihren offensiven Lernangeboten zur Ernährung über 15.000 Brandenburger.

Eine sehr große Ausstrahlungsbreite für alle Brandenburger haben die Medienauftritte im Ratgeber von „Antenne Brandenburg“, der rbb-Sendung „WAS!“, den regelmäßigen Verbraucher-Rubriken der Landeszeitungen und in Anzeigenblättern. Zahlreiche Faltblätter und Ratgeber werden auch in Zusammenarbeit mit Verbraucherzentralen aus anderen Bundesländern erstellt und können von den Verbrauchern kostenlos genutzt werden.

**TIPP:**

**Umfassende Informationsangebote finden Sie im Internet unter [www.vzb.de](http://www.vzb.de).**

Die Verbraucherzentrale Brandenburg e. V. nimmt die Interessenvertretung der Brandenburger gegenüber Anbietern, Politik, Behörden und Verbänden konstruktiv und sachkundig wahr. Dabei stützt sie sich auf ihre umfangreichen Beratungserfahrungen sowie die bundesweite Zusammenarbeit mit anderen Verbraucherzentralen und dem Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv). Eine gute Lobbyarbeit, aber vor allem die Kontaktpflege zum Parlament, spielen eine entscheidende Rolle.

Der wichtigste Partner der Verbraucherzentrale ist das Verbraucherschutzministerium. Einerseits fördert das MLUV die Verbraucherzentrale und sichert so die Bezahlung der Mitarbeiter. Um das flächendeckende Beratungs- und Informationsnetz der Verbraucherzentrale zu gewährleisten, sind auch Mittel für Räume, Dienstreisen und den ganz normalen Geschäftsbetrieb erforderlich. Durch diese Förderung kann die Neutralität der Verbraucherzentrale und ihr Beratungsangebot gesichert werden.

Andererseits ist die inhaltliche Zusammenarbeit zwischen Verbraucherzentrale und Verbraucherschutzministerium zu übergreifenden Verbraucherthemen bei der „Brandenburger Plattform Verbraucherschutz“ der Landesministerien, bei der Beantwortung parlamentarischer Anfragen und der gemeinsamen Auswertung des im zweijährigen Rhythmus erscheinenden Verbraucherschutzindex der Verbraucherverbände von großer Bedeutung. Die regelmäßi-

ge aktive Begleitung von Mitgliederversammlungen und Vorstandssitzungen durch das MLUV hat oftmals dazu geführt, dass Anliegen im Interesse der Brandenburger gemeinsam mit mehr Gewicht verfolgt werden konnten.

### 1.3 Informationsmöglichkeiten für Verbraucher

Immer mehr Bürger möchten ihre Kaufentscheidungen – sei es bei Lebensmitteln, Kosmetika oder Gegenständen des täglichen Bedarfs – an zusätzlichen Parametern neben dem angegebenen Verkaufspreis ausrichten. Deshalb suchen sie immer häufiger Informationen über das Produkt selbst, seine Inhaltsstoffe, Anbau- oder Herstellungsverfahren.

Angesichts der in den Medien verbreiteten „Lebensmittelkandale“ sind viele Verbraucher verunsichert, welche eventuell vorschriftswidrigen Produkte sich noch in den Regalen der Geschäfte befinden könnten bzw. von ihnen erworben wurden. Die Verbraucher wollen zeitnah entsprechende Informationen erhalten.

Entsprechende Informationen über ein Produkt von den zuständigen Behörden zu erhalten, ist dabei oft weniger kompliziert als mancher Verbraucher befürchten mag.

Folgende Möglichkeiten bieten sich Ihnen, wenn Sie mehr über ein Produkt wissen wollen als sich aus seiner unmittelbaren Kennzeichnung ergibt:

#### Europäische Schnellwarnsysteme und das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch der Bundesrepublik Deutschland (LFGB)

Mit Hilfe der Europäischen Schnellwarnsysteme sowohl für Lebensmittel und Futtermittel (Rapid Alert System for Food and Feed, RASFF) als auch für Verbraucherprodukte mit Ausnahme von Lebensmitteln (Rapid Alert System for non-food consumer products, RAPEX) werden auffällige Produkte sowie die aus diesem Grund behördlich angeordneten



Maßnahmen dokumentiert und zwischen den Mitgliedstaaten der EU ausgetauscht. Dabei nehmen nationale Kontaktstellen die Meldungen aller Bundesländer entgegen und leiten diese nach einer Prüfung an die Europäische Kommission weiter. Die Kommission wertet die Meldungen aller Mitgliedstaaten aus und stellt sie in das Schnellwarnsystem ein. Den Verbrauchern werden Zusammenfassungen der Meldungen aus dem RASFF vom Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit als nationaler Kontaktstelle für die Lebensmittel- und Futtermittelmeldungen sowie der Meldungen des RAPEX von der Europäischen Kommission zugänglich gemacht. Genannt werden Art und Herkunft des betroffenen Produktes, der Grund für die Warnung sowie der meldende Mitgliedsstaat, nicht dagegen die Namen betroffener Unternehmen. Dadurch soll der Ausgleich zwischen dem Interesse der Öffentlichkeit und dem Schutz von Unternehmerdaten gewahrt werden.

Bestehen unmittelbare Risiken für den Verbraucher, z. B. bei einer Gesundheitsgefährdung durch bestimmte Lebensmittel, informieren die zuständigen Lebensmittelüberwachungsbehörden nach den Vorschriften des § 40 des LFGB die Öffentlichkeit aktiv über die Medien oder Aushänge in den Verkaufseinrichtungen über die betroffenen Produkte, ihren Markennamen und ihren Hersteller bzw. Importeur und leiten die notwendigen Maßnahmen zum Schutz der Verbraucher bis hin zur Vernichtung der noch nicht verkauften Lebensmittel ein.



**TIPP:**

**Aktuelle Informationen und Einträge in die Europäischen Schnellwarnsysteme finden Sie auf den Internetseiten des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit [www.bvl.bund.de](http://www.bvl.bund.de).**

## Das Verbraucherinformationsgesetz

Seit dem Inkrafttreten des Verbraucherinformationsgesetzes (VIG) am 1. Mai 2008 hat jeder Bürger freien Zugang zu allen bei den Überwachungsbehörden vorhandenen Daten im Zusammenhang mit Erzeugnissen im Sinne des LFGB. Sie können also selbst aktiv werden und individuelle Anfragen an die Behörden im Land Brandenburg stellen, um Informationen über bestimmte Lebens- und Futtermittel oder Kosmetika einzuholen.

Jeder hat nach Maßgabe dieses Gesetzes Anspruch auf freien Zugang zu allen Daten über

- Verstöße gegen das Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch und die auf dieser Grundlage erlassenen Rechtsverordnungen, Rechtsakte und deren eventuelle Folgen,
- von einem Erzeugnis im Sinne des LFGB ausgehende Gefahren oder Risiken für Gesundheit und Sicherheit von Verbraucherinnen und Verbrauchern,
- die Kennzeichnung, Herkunft, Beschaffenheit, Verwendung sowie das Herstellen oder das Behandeln von Erzeugnissen sowie über Abweichungen von Rechtsvorschriften über diese Merkmale und Tätigkeiten,
- die Ausgangsstoffe und die bei der Gewinnung der Ausgangsstoffe angewendeten Verfahren,
- Überwachungsmaßnahmen oder andere behördliche Tätigkeiten oder Maßnahmen zum Schutz von Verbraucherinnen und Verbrauchern.

Begleitet wurden die neuen Regelungen von hohen Erwartungen hinsichtlich spürbarer Ver-

besserungen für die Verbraucherinformation. Die Mehrzahl der gestellten Erwartungen konnte das VIG zwar bisher nicht erfüllen, sie waren schlichtweg zu hoch. Aber das Gesetz ist ein wichtiger Schritt hin zu mehr Informationsfreiheit, für deren Verbesserung sich das Brandenburger Verbraucherschutzministerium einsetzen wird.

**TIPP:**

**Unter [www.vigwirkt.de](http://www.vigwirkt.de) finden Sie den Gesetzestext, weitergehendes Informationsmaterial sowie einen Behördenwegweiser für Ihre Anfragen.**

## 1.4 Fahrgastrechte im Eisenbahnverkehr

Die Rechte und Pflichten der Fahrgäste im Eisenbahnverkehr werden über eine europäische Verordnung geregelt, die am 3. Dezember 2009 EU-weit in Kraft tritt. Die Verordnung enthält Regelungen über den Beförderungsvertrag, über Informationen und Fahrkarten, über die Haftung von Eisenbahnunternehmen für Fahrgäste und deren Gepäck, über Verspätungen, verpasste Anschlüsse und Zugausfälle, für Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität, über Sicherheit, Beschwerden, Qualität der Verkehrsdienste sowie über die Durchsetzung der Verordnung. Bisherige Kulanzregelungen der Verkehrsunternehmen erhalten einen rechtlich verbindlichen Rahmen.

Die Fahrgastrechte kommen durch eine bundesgesetzliche Regelung bereits vorzeitig den Fahrgästen zu Gute. Hierzu wurde das Fahrgastrechtegesetz beschlossen.

Folgende wesentliche Regelungen sind enthalten:

### Verspätungen und Zugausfälle

Bei einer Verspätung ab 60 Minuten im Nah- und Fernverkehr besteht ein Anspruch auf eine Fahrpreiserstattung in Höhe von 25 Prozent. Bei einer Verspätung ab 120 Minuten hat





der Fahrgast einen Erstattungsanspruch in Höhe von 50 Prozent des Fahrpreises. Bei der Verspätung wird die gesamte Reisekette betrachtet, d. h. die Erstattung wird auch gewährt, wenn die verspätete Ankunft durch einen verpassten Anschluss begründet ist.

Muss der Fahrgast mit einer Verspätung im Nahverkehr von mehr als 20 Minuten rechnen, kann er einen beliebigen, alternativen Zug, insbesondere auch einen Zug des Fernverkehrs nutzen. Ausgenommen sind Züge mit Reservierungspflicht (City Night Line oder ICE Sprinter) und Züge, die für Sonderfahrten oder im Charterverkehr eingesetzt werden. Zusatzkosten für die Benutzung von höherwertigen Zügen bekommt der Fahrgast erstattet.

Bei einer drohenden Verspätung im Nahverkehr von mindestens 60 Minuten besteht ein Anspruch auf die Beförderung mit einem alternativen Verkehrsmittel, wenn die vertragsmäßige Ankunftszeit in die Zeit von 00:00 Uhr und 05:00 Uhr fällt. Ein Anspruch besteht auch dann, wenn der fahrplanmäßig letzte Zug ausfällt und der Zielort ohne die Nutzung des alternativen Verkehrsmittels nicht mehr bis

24:00 Uhr erreicht werden kann. Dabei kann der Fahrgast, wenn keine Alternative im öffentlichen Nahverkehr besteht, auch ein Taxi rufen und erhält die Kosten bis zu einem Betrag von 80 Euro erstattet.

Zur Regelung von Entschädigungs- oder Erstattungsansprüchen hat der Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg einen Antrag „Fahrgastrechte Schienenpersonennahverkehr“ entworfen, welcher durch den Fahrgast auszufüllen ist.

### Personenschäden

Bei einem Eisenbahnunfall erhalten die Geschädigten, soweit ein Fahrgast getötet oder verletzt wurde, zukünftig umgehend finanzielle Hilfe. Die Eisenbahnunternehmen werden verpflichtet, einen Vorschuss zu zahlen, der die unmittelbaren wirtschaftlichen Bedürfnisse des geschädigten Fahrgastes oder seiner Angehörigen deckt.

### Rechte von Personen mit eingeschränkter Mobilität

Die Eisenbahnunternehmen haben unter aktiver Beteiligung der Interessenvertreter von Personen mit eingeschränkter Mobilität nicht-diskriminierende Zugangsregelungen für die Beförderung von Personen mit Behinderungen und Personen mit eingeschränkter Mobilität aufzustellen.

Sie müssen dafür sorgen, dass der Bahnhof, die Bahnsteige, die Fahrzeuge und andere Einrichtungen für Personen mit eingeschränkter Mobilität zugänglich sind. Soweit entsprechendes Personal vorhanden ist und der Unterstützungsbedarf vorher angemeldet wurde, werden die Eisenbahnunternehmen und Bahnhofsbetreiber verpflichtet, kostenlos Unterstützung beim Ein- und Aussteigen sowie bei der Fahrt zu leisten.

#### TIPP:

**Das Antragsformular erhalten Sie bei allen Eisenbahnverkehrsunternehmen im VBB oder im Internet unter [www.vbbonline.de](http://www.vbbonline.de).**

**Nachdem Sie den Antrag vollständig ausgefüllt und die erforderlichen Nachweise beigelegt haben, müssen Sie ihn bei dem Eisenbahnverkehrsunternehmen im VBB einreichen, das die Verspätung verursacht hat.**

#### TIPP:

**Wenn Sie Hilfe brauchen, wenden Sie sich bitte bereits in Vorbereitung der Reise an das zuständige Eisenbahnunternehmen.**





## Informationspflichten der Eisenbahnunternehmen

Die Eisenbahnunternehmen müssen die Fahrgäste beim Fahrkartenverkauf bzw. während der Fahrt insbesondere darüber informieren, welche die kürzeste und preisgünstigste Zugverbindung ist, welche Rechte der Fahrgast hat, ob der Zug Verspätung hat und welche Anschlüsse erreicht werden können. Im Nahverkehr sollen die Informationspflichten aus Praktikabilitätsgründen allerdings weniger umfangreich sein, z. B. sollen die Informationen über die Anschlussverbindungen während der Fahrt entfallen können.

## Qualitätsmanagement

Eisenbahnunternehmen, die Schienenpersonenfernverkehr betreiben, müssen künftig Qualitätsstandards festlegen und systematisch überprüfen. Für den Schienenpersonennahverkehr in Berlin und Brandenburg sind bereits durch die Verkehrsverträge der Länder mit den Eisenbahnverkehrsunternehmen entsprechende Standards festgeschrieben.

## Beschwerdestellen und Schlichtung

Ferner müssen alle Eisenbahnunternehmen ein Verfahren zur Bearbeitung von Beschwerden einrichten. Zusätzlich werden Beschwerdestellen bei den Eisenbahnaufsichtsbehörden eingerichtet, damit der Fahrgast eine Anlaufstelle hat, wenn er von einem Eisenbahnunternehmen nicht zufriedenstellend behandelt worden ist.

Für die außergerichtliche Beilegung von Streitigkeiten kann der Fahrgast sich zusätzlich an eine Schlichtungsstelle wenden. Neben den bestehenden Schlichtungsstellen hat bereits am 28. Januar 2009 die Schlichtungsstelle Nahverkehr für Berlin, Brandenburg und Sachsen-Anhalt ihre Arbeit aufgenommen. Die Schlichtungsstelle wird tätig, wenn keine Klärung einer Streitigkeit zwischen Kunden und Verkehrsunternehmen erzielt werden konnte.

### TIPP:

**Wenden Sie sich mit Ihrem Anliegen immer zunächst an das jeweilige Verkehrsunternehmen. Wenn dies nicht zu einem für Sie akzeptablen Ergebnis geführt hat, können Sie die Schlichtungsstelle Nahverkehr kontaktieren.**

**Sie erreichen die Schlichtungsstelle Nahverkehr Ost schriftlich in 10596 Berlin, Postfach 12 06 26 oder im Internet unter:**  
[www.schlichtungsstelle-nahverkehr-ost.de](http://www.schlichtungsstelle-nahverkehr-ost.de).

### Ausblick:

#### Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr

Dem Bund liegt derzeit ein Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Fahrgastrechte im Kraftomnibusverkehr vor.

Der Verordnungsvorschlag sieht Regelungen für den Fern- und grenzüberschreitenden Verkehr sowie den Bereich des ÖPNV u. a. in folgenden Bereichen vor:

- Haftung für Personenschäden, Vorauszahlungen bei Personenschäden,
- Rechte von Fahrgästen mit Behinderungen oder eingeschränkter Mobilität (Hilfeleistungen im Fahrzeug und an Busbahnhöfen),
- Haftung bei Annullierung und großer Verspätung von Fahrten,
- Bereitstellung von Informationen.

## 1.5 Vertragsfallen am Telefon und im Internet

### Überraschende Telefonanrufe

Ein Massenphänomen: Anrufe mit unterdrückter Rufnummer, die Verbrauchern vorspiegeln, sie hätten bei einem Gewinnspiel gewonnen oder seien auserwählt, an einer kurzen repräsentativen Umfrage zur aktuellen wirtschaftlichen Situation teilzunehmen. Der Gewinn ist dann oft mit erheblichen Zuzahlungen verbunden, und die Umfrage zur wirtschaftlichen Si-

tuation dient dazu, Interesse an bestimmten Finanzprodukten zu ermitteln. Doch selbst wenn die angerufenen Verbraucher auf das Angebot nicht eingehen, wird das „Entgelt“ durch das werbende Unternehmen vom Konto des Verbrauchers, dessen Kontonummer sich das Unternehmen beschafft hat, abgebucht in der leider oft zutreffenden Erwartung, dass der Verbraucher der Lastschrift nicht widerspricht.

Solche Vertriebsmodelle beruhen vor allem auf dem mit dem Eindringen in die Privatsphäre verbundenen Überrumpelungseffekt. Viele Menschen erkennen den eigentlichen Zweck des Anrufes nicht, verzichten aus Gründen der Höflichkeit auf den einseitigen Abbruch des Telefonats oder haben einfach nur Mitleid mit dem auf die Vertriebsprovision angewiesenen Mitarbeiter des Callcenters. Besonderer Missbrauch wurde in den letzten Jahren hier vor allem mit Lotterie- und Gewinnspielangeboten, Zeitschriftenabonnements sowie mit Telefondienstleistungen getrieben.

### **Betrug über Telefonabrechnungen**

Lukrative Möglichkeiten zur Abzocke am Telefon bieten auch Angebote, die unmittelbar mit der Telefonrechnung abgerechnet werden und damit dem Unternehmen eine sehr einfache Möglichkeit zur Einziehung tatsächlicher oder vermeintlicher Forderungen bieten, und zwar sowohl bei Festnetz- als auch bei Mobiltelefonen. Gegenstand solcher Vertriebsaktivitäten waren in den letzten Jahren u. a. Spiele, Klingeltöne und Logos für Handys, die sich vor allem bei Kindern und Jugendlichen großer Beliebtheit erfreuen.

### **Abzocke im Internet**

Ungewollte oder vermeintliche Vertragsabschlüsse im Internet beschäftigen den Verbraucherschutz ebenfalls seit geraumer Zeit. Das Geschäftsmodell beruht meist darauf, dass Verbraucher bei der Suche nach bestimmten Webinhalten über Suchmaschinen auf konkrete Angebote gelenkt werden. Diese sind – blickfangmäßig hervorgehoben – scheinbar unentgeltlich oder besonders günstig, erweisen sich dann aber als überflüssige oder

überbezahlte Angebote mit zum Teil längerer Laufzeit. Der Hinweis auf die entstehenden Kosten oder die Laufzeit ist häufig durch Pop-up-Fenster verdeckt oder in allgemeinen Geschäftsbedingungen versteckt, deren wahrer Regelungsgehalt gezielt verschleiert wird.

#### **Popup-Fenster**

Ein Pop-up ist ein visuelles Element eines Computerprogramms. Der Name kommt daher, dass Pop-up-Elemente „aufspringen“ und dabei andere Teile überdecken. Da unerwünscht aufklappende Pop-ups zu Werbezwecken für Internet-Nutzer äußerst störend sind, verfügen moderne Browser über Pop-up-Blocker. Leider können Pop-ups neueren Typs mit diesen nicht blockiert werden.

Infolge der Flüchtigkeit des Mediums „Internet“ erinnern sich die Verbraucher beim Eingang von Rechnungen oder Mahnungen oft nicht mehr, ob und mit welchem Inhalt sie einen entgeltlichen Vertrag abgeschlossen haben. Viele von ihnen bezahlen, ohne dazu tatsächlich verpflichtet zu sein, die geforderten Beträge. Erfolgt keine Zahlung, folgen Drohungen mit Zwangsvollstreckungsmaßnahmen, Strafanzeigen wegen Betruges oder mit Meldungen an die SCHUFA, die wegen der negativen Auswirkungen auf die Kreditwürdigkeit zu Recht gefürchtet werden. Das Geschäftsmodell beruht hier darauf, dass sich (zu) viele Verbraucherinnen und Verbraucher durch die Beitreibungsmaßnahmen einschüchtern lassen oder die lästigen Schreiben nicht mehr bekommen möchten und deshalb die geforderten Beträge bezahlen.

Noch weiter von der Legalität entfernen sich Kriminelle, die Computer über E-Mails oder Schadprogramme aus dem Internet manipulieren und die Verbraucher durch Manipulation von Bankkonten schädigen.

### **Politik ergreift Maßnahmen zur Bekämpfung unerlaubter Werbeanrufe**

Telefonanrufe ohne vorherige Einwilligung zu Werbezwecken sind nicht nur ärgerlich, sondern bereits seit langem nach dem Gesetz



gegen den unlauteren Wettbewerb verboten. Da viele Formulare oder Teilnahmebedingungen für Gewinnspiele die Einwilligung des Verbrauchers in die Nutzung und Weitergabe von Telefonnummern für Werbezwecke enthalten und der Handel mit Adressen und Telefonnummern ein einträgliches Geschäft darstellt, kann das Vorliegen einer wirksamen Einwilligung in den Werbeanruf oft nicht mehr mit der erforderlichen Rechtssicherheit nachvollzogen werden. Durch die Rufnummernunterdrückung wird überdies die Identifizierung des Anrufers oder des werbenden Unternehmens und damit das Vorgehen gegen den unzulässigen Werbeanruf erschwert.



Hinzu kommt, dass nach bisheriger Rechtslage entsprechend der allgemeinen Systematik des Bürgerlichen Rechts auch ein mit unlauteren Mitteln angebahnter Vertrag wirksam ist, sofern nicht nach anderen Regelungen (z. B. bei Fernabsatzgeschäften) ein Widerrufsrecht oder bei Täuschung oder Drohung ein Anfechtungsrecht besteht. Die Verfolgung solcher Wettbewerbsverstöße erfolgt auf Grundlage des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb und des Unterlassungsklagengesetzes durch Konkurrenzunternehmen sowie durch klagebefugte Verbraucher- oder Wettbewerbsverbände. Dies sind vor allem der Verbraucherzentrale Bundesverband und die Zentrale gegen den unlauteren Wettbewerb. Zur Erleichterung der Ermittlung des Anrufers wird bei Werbeanrufen ein bußgeldbewehrtes Verbot der Rufnummernunterdrückung eingeführt. Außerdem werden die Widerrufsrechte im Fernabsatzrecht auf Lotterieverträge sowie Telekommunikationsverträge ausgeweitet.

Aus verbraucherpolitischer Sicht wurde ausführlich erörtert, ob diese Maßnahmen durch eine ausdrückliche Bestätigung von Verträgen, die nach einem unzulässigen Telefonwerbeanruf geschlossen wurden, flankiert werden sollten. Solange die Unzulässigkeit des Telefonwerbeanrufes ohne Einfluss auf die Wirksamkeit von so geschlossenen Verträgen bleibt, besteht das wirtschaftliche Interesse für die entsprechenden Unternehmen an derartigen Werbepraktiken. Der mit dem unlauteren Telefonwerbeanruf verbundene Eingriff in die Privatsphäre bleibt folgenlos und es ist zu befürchten, dass die getroffenen Maßnahmen zu kurz greifen.

#### **TIPP:**

**Solange die Belästigung durch Telefonwerbeanrufe anhält, scheuen Sie sich nicht, entsprechende Anrufe zu untersagen. Zur Not legen Sie den Hörer auf und führen Sie nicht aus Höflichkeit das Gespräch fort. Nur wenn unerlaubte telefonische Werbeanrufe keinen Erfolg mehr versprechen, kann ihre Eindämmung wirksam gelingen.**

#### **Verschärfte Anforderungen an Vertragsabschlüsse per SMS oder im Internet**

Auch bei Vertragsabschlüssen über Dienstleistungen für Mobiltelefone, wie z. B. Klingelton- und Spieleabonnements oder sonstige Premiumdienste gelten die allgemeinen Regelungen über das Zustandekommen von Fernabsatzverträgen. Bedingt durch die hauptsächliche Zielgruppe von Kindern und Jugendlichen, die durch die Flüchtigkeit des Mediums erschwerte Nachweisbarkeit und die aus Unternehmenssicht besonders einfache Abrechnung über die Telefonrechnung des Nutzers kommt es jedoch auch in diesem Bereich häufig zu Missbrauch. Der Gesetzgeber ist dem im Jahr 2007 durch Sonderregelungen im Telekommunikationsrecht begegnet. Seitdem müssen SMS-Abonnementverträge vor Abschluss bestätigt werden und es gelten bei Premiumdiensten verschärfte Preisangabenverpflichtungen sowie Preisobergrenzen. Wie bei ungewollten Vertragsabschlüssen per Telefon gilt jedoch auch für Vertragsabschlüsse im Internet, dass

letztlich nur ein eigenverantwortlicher Umgang vor unliebsamen Folgen schützt.

**TIPP:**

**Sie sollten verwirrende Internet-Angebote meiden, besonders wenn sie mit attraktiven Angeboten locken.**

Viele Internet-Versanddienste lassen inzwischen ihren Internetauftritt von unabhängigen Prüfinstituten wie dem TÜV zertifizieren. Damit besteht eine größere Sicherheit, dass der entsprechende Online-Shop bestimmte Mindestanforderungen an Übersichtlichkeit, Transparenz beim Vertragsabschluss sowie beim Schutz personenbezogener Daten einhält.

**TIPP:**

**Besondere Vorsicht sollten Sie bei Angeboten walten lassen, die ihre gewerbliche Zielrichtung verschleiern, um sich den gesetzlichen Verbraucherschutzvorschriften zu entziehen.**

Betrügerische Machenschaften oder Computerschädlinge wie Viren oder Trojaner sind auch häufig auf Internetseiten mit illegalen Inhalten anzutreffen, beispielsweise illegale Musik- oder Videodownloads.

**TIPP:**

**Den besten Schutz vor ungewollten Vertragsabschlüssen am Telefon und im Internet haben Sie trotz aller gesetzgeberischen Maßnahmen auch künftig bei Beachtung einer einfachen Regel: „Erst durchblicken und dann anklicken“.**

## **1.6 Anlageberatung in Zeiten der Finanzkrise**

In Brandenburg gehören Beratungen zu Versicherungen, Girokonto und Geldanlagen seit der Entstehung der Verbraucherzentrale zu ihren Angeboten. Das Interesse wächst, verlagert der Staat doch immer mehr Verantwortung für Vorsorgeleistungen auf die Bürgerinnen und Bürger selbst. Geförderte Formen der

Altersvorsorge tragen dazu bei, dass die Verbraucher auch privat aktiv für das Rentenalter vorsorgen. Gleichzeitig wurde die staatliche Finanzaufsicht gelockert.

Nicht regulierte Finanzprodukte, überzogene Provisionsvergütungen, legale Bilanzmanipulationen und eine unzureichende Finanzaufsicht führten schließlich dazu, dass die Finanzkrise wie ein Paukenschlag die Zukunftsplanungen auch vieler Brandenburger erschütterte. Tausende sind offenbar beim Anlegen ihres Ersparnten vertrauensvoll freien Finanzberatern oder denen ihrer Banken gefolgt, die nicht immer das Wohl der Sparer im Auge hatten. Mehrfach hatte die Verbraucherzentrale Brandenburg vor riskanten Fonds gewarnt, die nicht durchschaubar und für sicherheitsbedürftige Kleinanleger schlichtweg ungeeignet sind. Firmenpleiten wie die der Göttinger Gruppe bestätigten solche Befürchtungen.

### **Fonds**

Fonds sind Anlageformen zur Wertsteigerung von Kapitalanlagen. Eine Investmentgesellschaft (deutscher Fachbegriff: Kapitalanlagegesellschaft) sammelt das Geld der Anleger, bündelt es in einen Investmentfonds und investiert es in unterschiedlichen Anlagebereichen. Das Geld im Fonds wird nach vorher festgelegten Anlageprinzipien z. B. in Aktien, festverzinslichen Wertpapieren, am Geldmarkt und/oder in Immobilien angelegt. Investmentfonds müssen bei der Geldanlage den Grundsatz der Risikomischung beachten, das heißt es darf nicht das gesamte Fondsvermögen in nur eine Aktie oder nur eine Immobilie investiert werden. Durch die Streuung des Geldes auf verschiedene Anlagegegenstände wird das Anlagerisiko reduziert.

Doch wie so oft wird Manchem das Risiko erst bewusst, wenn ihn der Schaden trifft. Als die Schlagzeilen zu Lehman Brothers und weiteren Bankschieflagen 2008 auch in Deutschland die heraufziehende Krise ankündigten, entstand binnen weniger Tage ein enormer Anmeldungsstau bei Geldanlageberatungen. Unverzüglich reagierten die Verbraucherschützer



und stellten umfangreiche Informationen in ihren Internetauftritt ein. Parallel dazu beantragte der VZBV ein Projekt beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV) zur Verstärkung der Kapazitäten. Schließlich gelang es, mit einer bundesweiten Hotline zumindest bei dringendem Handlungsbedarf einem Großteil der Betroffenen relativ schnell mit einer telefonischen Kurzberatung zu helfen. Daran waren auch Geldanlageberater der Verbraucherzentrale Brandenburg beteiligt, die allein im 4. Quartal des Jahres 2008 in den Beratungsstellen des Landes und am Telefon knapp 2.000 Verbraucherfragen beantworteten.

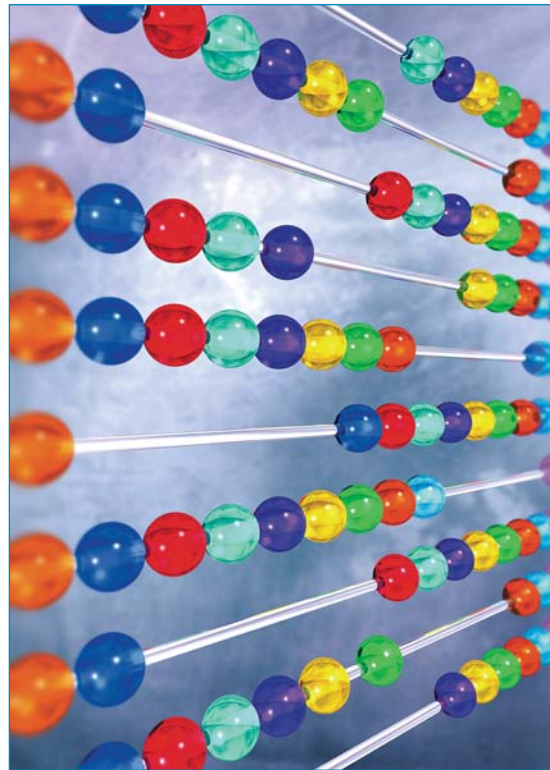
Die meisten Unsicherheiten von Sparern betrafen Einlagensicherungssysteme und Handlungsmöglichkeiten nach einer Falschberatung.

#### Einlagensicherungssysteme

Es handelt sich um Systeme zum Schutz der Verbraucher im Falle der Zahlungsunfähigkeit von Banken. Die Einlagensicherung in Deutschland ruht auf zwei Säulen, zunächst dem gesetzlichen System nach dem Einlagensicherungs- und Anlegerentschädigungsgesetz (EAEG). Daneben bestehen freiwillige Systeme der deutschen Bankwirtschaft.

Viele Verbraucher schilderten, sie hätten nach einer sicheren Anlage gefragt, tatsächlich habe man ihnen aber ohne ausreichende Aufklärung spekulative Anlagen vermittelt – oft an Rohstoffe oder Aktien gekoppelte teure Zertifikate. Besonders häuften sich Nachfragen zu Wertpapieren der US-amerikanischen Lehman Brothers und Konten bei der isländischen Kaupthing Bank.

Der Tenor der Beratungsgespräche zeigte, dass Verbraucher in der Regel trotz Informationsunterlagen mit Vorsorgeentscheidungen überfordert sind und sich deshalb auf Finanzberater und Banken verlassen. Viele von diesen wiederum haben sich im Zuge der Krise als Verkäufer entpuppt, die ihre Provision über den individuellen Vorsorgebedarf des Kleinanlegers stellen – kein Wunder angesichts



der Provisionshöhen für Vermittler und der Gehaltsgestaltungen und Verkaufsvorgaben von Geldinstituten, die die Vermittlung besonders riskanter Anlagen lukrativ bezahlen.

#### Provision

Umgangssprachlich wird der Begriff „Provision“ für die verschiedensten Formen der Erfolgsvergütung verwendet. In den meisten Fällen handelt es sich jedoch um Gebühren, die vom Kunden direkt oder indirekt gezahlt werden, z. B. für die Vermittlung einer Geldanlage.

Für eine stabile Marktentwicklung haben die Verbraucherschützer eine stärkere staatliche Aufsicht und Regulierung vom Gesetzgeber gefordert. Der Weltverbrauchertag am 15. März 2009 stand im Zeichen einer verstärkten Ausbildung von Finanzkompetenzen in der Schule. Zu hoffen bleibt, dass die Krise viele Verbraucher nachhaltig wachgerüttelt und ihnen klargemacht hat, dass man Verträge zur Altersvorsorge oder Geldanlage vor der Unterschriftsleistung immer auch selbst gründlich prüfen oder zumindest durch eine unabhängige Instanz wie die Verbraucherzentrale prüfen lassen sollte.

**TIPP:**

Das BMELV hat unter [www.verbraucherkompass.de](http://www.verbraucherkompass.de) ein neues Internet-Portal zu Finanzmarktthemen entwickelt. Hier finden Sie einen Überblick über unabhängige und zuverlässige Informationsangebote.

## 1.7 Dienstleistungen beim polnischen Nachbarn



Die Menschen beiderseits der Oder nutzen gern – ob bei regelmäßigen Einkaufsbesuchen, Kurreisen, bei der Inanspruchnahme von Handwerker- und Dienstleistungen oder sogar beim Immobilienkauf – die Vorzüge des EU-Binnenmarktes.

Doch diese vermeintlichen Vorteile bergen auch Risiken, denn unterschiedliche verbraucherrechtliche Regelungen bringen Unsicherheiten bei Vertragsabschlüssen und Reklamationen mit sich. Deshalb gründeten im Oktober 2006 die Verbraucherzentrale, Landesregierung und weitere Partner das „Deutsch-polnische VerbraucherInformationsZentrum“ (VIZ) in Frankfurt (Oder).

Folgende Themen sind Schwerpunkte der Fragesteller:

### Reisen, Straßenverkehr, Geldumtausch

Verbraucher erkundigten sich sowohl nach zollrechtlichen Bestimmungen bei der Tabakeinfuhr als auch nach der Qualität von polnischem Benzin oder der so genannten Einreisegebühr bei Busfahrten. Sie wollten wissen, bei welchen Warengruppen die Preise in Polen besonders günstig seien, welche Gebühren bei Kartenzahlung anfielen und wie man im Hotel bucht oder storniert. Spezielle Regelungen im Straßenverkehr, wie die Halterermächtigung, Geschwindigkeitsbeschränkungen, Maut bei Autobahnen oder der Führerscheinerwerb in Polen, spielten eine große Rolle, selbst am Autokauf in Polen besteht Interesse.

### Einkauf und Verträge mit Handwerkern

Das Interesse der deutschen Verbraucher galt vor allem den Besonderheiten polnischer Verträge, der Lieferung und Bezahlung sowie Handlungsoptionen bei Mängeln. Besonders hier zahlte sich die Zweisprachigkeit der beratenden Juristen aus, die in vielen Fällen Probleme durch direkte Verhandlungen mit Anbietern ausräumen oder deren Rechte durchsetzen konnten.

### Dienstleistungen im Gesundheitsbereich

Von jeher gilt Polen mit seinen reizvollen Landschaften für deutsche Verbraucher als attraktives Land für Kuren und Erholungsurlaub. Mit Blick auf preiswerte gesundheitliche Dienstleistungen suchten viele beim VIZ Rat, welche Möglichkeiten bestehen, was man wo beantragen muss, welche Leistungen von Kassen übernommen werden und wie man „im Falle eines Falles“ eine fehlerhafte (Zahn-)Arztbehandlung reklamiert.

Bevorzugt bemühten sich die Berater, die Bürger bereits vor dem Abschluss von Verträgen zu informieren. Häufig suchen Verbraucher aber erst Rat, wenn bereits Schaden droht oder entstanden ist. In manchen Fällen reicht die Hilfe





bis hin zu außergerichtlichen Rechtsvertretungen, bei denen die Unternehmer in polnischer Sprache angeschrieben und auf die geltende Rechtslage hingewiesen werden. In enger Zusammenarbeit mit der polnischen Verbraucherschutzorganisation „Federacja Konsumentow“ und den polnischen Ombudsmännern konnten bei mehr als 80 Prozent aller Fälle die Streitigkeiten zugunsten der Verbraucher entschieden werden.

#### **Außergerichtliche Rechtsvertretung**

Außergerichtliche Rechtsvertretungen unterstützen Verbraucher bei der Rechtsverfolgung im Vorfeld oder zur Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung.

Die Herausgabe verschiedener Publikationen trägt ebenfalls zur Beantwortung von Fragen rund um das polnische Verbraucherrecht bei. Dazu gehören der Anfang 2009 veröffentlichte „Rechtliche Reiseführer für deutsche Verbraucher in Polen“, eine Reihe von Faltblättern wie „Reklamationen in Polen“, „Verbraucherrechte in der Grenzregion“, „Lebensmittel in Polen kaufen“, „Urlaub in Polen“, „Arztbesuch in Polen“ sowie die Dokumentation eines Symposiums von 2007 für Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Behörden zum „Grenzüberschreitenden Verbraucherschutz vor dem Hintergrund der europäischen Verbraucherschutzpolitik – deutsch-polnische Perspektive“.

Regionale und überregionale Medienberichte durch Sender wie ZDF und RTL sowie Printmedien wie SUPERillu und die Märkische Oderzeitung konnten ebenfalls zur Aufklärung über das polnische Verbraucherrecht beitragen.

#### **TIPP:**

Die genannten Publikationen können Sie von der Internetseite der Verbraucherzentrale unter [www.vzb.de](http://www.vzb.de) gebührenfrei herunterladen.

## 2 Gesundheitsvorsorge

### 2.1 Untersuchung des Trinkwassers in Brandenburg

Trinkwasser, das Lebensmittel Nr. 1, muss frei von Krankheitserregern, genusstauglich und rein sein. In der Trinkwasserverordnung sind die geforderten mikrobiologischen und chemischen Anforderungen festgelegt. Um dies zu gewährleisten, werden bei der Gewinnung, Herstellung und Verteilung von Trinkwasser die allgemein anerkannten Regeln der Technik berücksichtigt und angewendet.

Die Untersuchungsergebnisse der letzten Jahre zeigen, dass das Trinkwasser für die Brandenburger eine gute bis sehr gute Qualität besitzt. Die Anzahl der zu untersuchenden Wasserproben in einem Wasserwerk richtet sich nach der Menge des abgegebenen Wassers. Von knapp 3.000 untersuchten Wasserproben im Jahr 2008 wurden hinsichtlich der mikrobiologischen Parameter für Coliforme Bakterien in 45 Fällen eine Auffälligkeit festgestellt, die jedoch zu keinem Zeitpunkt eine Gesundheitsgefährdung darstellte. In wenigen Fällen kam es zu einer Überschreitung der Parameterwerte für Eisen und Mangan, die ebenfalls keine Gesundheitsgefährdung bedeuteten.



Anerkannte Untersuchungsstellen prüfen die Einhaltung der Grenzwerte und Anforderungen nach der Trinkwasserverordnung. Der Inhaber einer Wasserversorgungsanlage, der Trinkwasser verwendet oder abgibt, ist zur Untersuchung des Trinkwassers verpflichtet. Daher muss er sich auf die Richtigkeit der Analysenergebnisse verlassen können. Dies bedeutet eine hohe Verantwortung der Untersuchungsstelle für das Trinkwasser.

Mit der Anerkennung – auch Akkreditierung genannt – erhält die Untersuchungsstelle den Kompetenznachweis, dass die angewandten Untersuchungsverfahren sicher beherrscht werden. Die Kompetenzfeststellung erfolgt auf der Grundlage der Norm DIN EN ISO/IEC 17025 und schafft die Vertrauensgrundlage für das Auftraggeber-Auftragnehmer-Verhältnis. Durch den Akkreditierer werden spezielle Aspekte der internen und externen Qualitätssicherung geprüft. Die interne Qualitätssicherung hat die Aufgabe, die Qualität der Dienstleistung zu erhalten oder weiterzuentwickeln. Alle Qualitätssicherungsmaßnahmen sind im Qualitätsmanagementhandbuch beschrieben und werden lückenlos und nachvollziehbar dokumentiert. Ein wichtiges Instrument stellen dabei interne Audits dar, mit denen eine Bewertung zur Erfüllung von Anforderungen und Richtlinien vorgenommen wird.

#### **Audit**

Systematische Überprüfung und Bewertung durch Fachleute nach vorgegebenen Checklisten. Es wird dabei unterschieden in internes Audit durch eigene Kräfte im Rahmen einer Selbstbewertung und externes Audit durch die Stelle, welche die Akkreditierung vornimmt.

Die Trinkwasseruntersuchungsstellen sind daher nach internationalen Normen verpflichtet, neben der eigentlichen analytischen Arbeit auch einen nicht unerheblichen Aufwand zur Sicherung der Analysenqualität zu tragen.

Durch spezielle Eignungsprüfungen muss das Labor die Richtigkeit seiner Analysenbefunde nachweisen. Die tatsächliche analytische Leistung eines Labors kann nur im Vergleich mit anderen Laboratorien und mit Vorgabewerten überprüft werden. Dazu wurde in Deutschland ein System der „Trinkwasser-Ringversuche“ entwickelt.

In Deutschland erfüllen gegenwärtig etwa 460 Labore die Anforderungen an eine Trinkwasseruntersuchungsstelle entsprechend der Trinkwasserverordnung. In Brandenburg sind gegenwärtig 19 Labore als Trinkwasseruntersuchungsstellen gelistet.

**TIPP:**

**Die Liste der Untersuchungsstellen für Brandenburg finden Sie im Internet unter**

**[www.mluv.brandenburg.de/info/tw\\_untersuchung](http://www.mluv.brandenburg.de/info/tw_untersuchung).**

Damit gibt es im Land Brandenburg eine genügend hohe Anzahl von Trinkwasseruntersuchungsstellen, die im Rahmen der privaten Eigenüberwachung und auch im Rahmen der amtlichen Überwachung (speziell dafür bestellte Labore) tätig werden können. Die Prüfung auf Einhaltung der Anforderungen an eine Trinkwasseruntersuchungsstelle wird in Brandenburg durch die unabhängige Stelle, die im Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz angesiedelt ist, durchgeführt. Die Anforderungen an eine Trinkwasseruntersuchungsstelle sind in der Trinkwasserverordnung festgelegt.

**TIPP:**

**Sollten Sie im häuslichen Bereich eine Probenahme für erforderlich halten, empfehlen wir, diese bei einem Labor oder beim Gesundheitsamt anzufordern. Eine eigene Probenahme ist wenig sinnvoll, es sind speziell gereinigte Gerätschaften und Behältnisse einzusetzen, ansonsten werden Ergebnisse verfälscht.**

Demnach müssen die Labore

- nach den allgemein anerkannten Regeln der Technik arbeiten,

- über ein System der internen Qualitätssicherung verfügen,
- sich mindestens einmal jährlich an externen Qualitätssicherungsprogrammen erfolgreich beteiligen,
- über hinreichend qualifiziertes Personal verfügen und
- eine Akkreditierung erhalten haben.

Inhaber von Einzelwasserversorgungsanlagen oder auch Kleinanlagen (Hausbrunnen) müssen diese Anlagen dem Gesundheitsamt anzeigen, sofern daraus Trinkwasser im Sinne der Trinkwasserverordnung genutzt wird. Der Eigentümer solcher Anlagen ist zur Überwachung einschließlich der Untersuchung des Trinkwassers verpflichtet. Der Umfang der Untersuchung beinhaltet mikrobiologische und auch chemische Parameter, die durch das Gesundheitsamt im Einzelfall konkret festgelegt werden können. Ebenso wird die Häufigkeit der Untersuchungen durch das Gesundheitsamt festgelegt. Die Untersuchungen müssen von gelisteten Trinkwasseruntersuchungsstellen durchgeführt werden, da nur dann eine Anerkennung der Befunde gewährleistet ist. Amtliche Untersuchungen dürfen nur von dafür bestellten Laboren durchgeführt werden.

**TIPP:**

**Wenn Sie Auskunft über die Qualität Ihres Trinkwassers haben möchten, wenden Sie sich an das Unternehmen, welches sie mit Trinkwasser beliefert. Über die Qualität des Trinkwassers in öffentlichen Gebäuden, wie Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern, Gaststätten und sonstigen Gemeinschaftseinrichtungen kann Ihnen das zuständige Gesundheitsamt Auskunft geben.**

Da die Probenahme Bestandteil des gesamten Untersuchungsverfahrens ist, darf auch sie nur von speziell ausgebildeten und geschulten Personen durchgeführt werden und muss in die Qualitätssicherung des Labors einbezogen werden. Bei amtlichen Trinkwasseruntersuchungen kann die Probenahme auch durch Mitarbeiter der Gesundheitsämter erfolgen.



## 2.2 Wohlfühlfaktor in öffentlichen Schwimm- und Badebecken

Schwimmen erfreut sich großer Beliebtheit, vom Kleinkind bis zum Senior. Ohne Zweifel bewirkt regelmäßiges Schwimmen einen positiven gesundheitlichen Effekt. In Brandenburg gibt es 139 Schwimm- und Badebeckenbäder, die ganzjährig als Hallenbad oder im Sommer als Freibad genutzt werden können.



Im Unterschied zu offenen Badegewässern verfügen Schwimm- und Badebeckenbäder nicht über eine natürliche Selbstreinigungskraft. Ein geschlossener Wasserkreislauf mit einem vergleichsweise erheblich geringeren Wasservolumen erfordert die Aufrechterhaltung einer hygienisch einwandfreien Wasserqualität.

### Umsetzung in die Praxis

Die Aufbereitung von Schwimm- und Badebeckenwasser wird mit allgemein anerkannten Normen von technischen Regelwerken vorgegeben. Zum überwiegenden Teil wird bei der Aufbereitung des Beckenwassers die Flockung und Filtration als technisches Mittel zur Reinigung eingesetzt, während zur Desinfektion nahezu ausschließlich Chlor oder Chlorverbindungen Anwendung finden. Die Chlorung des Schwimm- und Badebeckenwassers gilt als äußerst effizient. Ins Wasser eingetragene Keime werden binnen 30 Sekunden zu 99,99 Prozent abgetötet. Dies bedeutet aber auch, dass ständig eine ausreichende Menge an Chlor im Wasser enthalten sein muss und erforderlichenfalls bei einem starken Besucheraufkommen die Chlorung daraufhin anpassen ist.

## Aufgaben der Betreiber von Schwimm- und Badebecken

Einerseits fordert das Infektionsschutzgesetz, dass die Übertragung von Krankheitserregern mit dem Badewasser vermieden wird. Diese, zumeist auch harmlosen Erreger, werden täglich in nicht unerheblichem Maße durch die Badegäste selbst in das Badewasser eingetragen. Zum anderen bedeutet das selbstverständlich auch, dass durch die Aufbereitung des Beckenwassers mit wirksamen Desinfektionsmitteln keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen oder Gefahren für den Badegast entstehen dürfen. Der Betreiber eines Schwimm- oder Badebeckenbades muss kontinuierlich die Beckenwasserqualität zur Gewährleistung einer einwandfreien Wasserhygiene überwachen. Diese Überwachung ist von ihm zu dokumentieren und aufzubewahren. So werden beispielsweise Chlorgehalt und pH-Wert mehrmals täglich gemessen, protokolliert und, wenn nötig, gesteuert. Das Badebeckenwasser lässt er außerdem regelmäßig von einer dafür geeigneten Untersuchungsstelle analysieren.

### Aufgaben der Überwachungsbehörden

Die Kontrolle der Einhaltung der Betreiberpflichten wie auch die amtliche Überwachung der Beckenwasserqualität und -aufbereitung nimmt das Gesundheitsamt wahr. Darüber hinaus führt das Gesundheitsamt regelmäßig Kontrollbegehungen durch, bei denen insbesondere

- Duschen und Sanitärbereiche,
- Umkleide- und Barfußbereiche,
- Sitzflächen,
- Wasseraufbereitung und Raumlufthanlagen,
- Abfallbeseitigung sowie
- Vorkehrungen zur Unfallverhütung und Erste Hilfe Einrichtungen

mit den Schwerpunkten der Wasserhygiene und des Infektionsschutzes kontrolliert werden. In den Bereichen der Duschen, Waschbecken und an allen Wasserhähnen sowie in den Sanitärbereichen gelten die Anforderungen der Trinkwasserverordnung 2001.



**TIPP:**

Weitere Hinweise oder Auskünfte erhalten Sie von den örtlichen Gesundheitsämtern. Die Adressen finden Sie im Kapitel 5.

**Badegeruch im Schwimmbad**

Typische Begleiterscheinungen von gechlortem Badewasser sind der bekannte „Hallengbadgeruch“, Hautreizungen und Augenrötungen. Entgegen der weit verbreiteten Meinung ist dies aber nicht auf den Gehalt an Chlor im Wasser zurückzuführen, sondern vielmehr ein Zeichen für eine verstärkte Bildung von sogenannten Desinfektionsnebenprodukten, häufig Trihalogenmethane. Diese Desinfektionsnebenprodukte entstehen bei der Reaktion von Chlor und körpereigenem Harnstoff, der in Form von Hautschuppen, Hautinhaltsstoffen wie Talg, Schweiß und Urin in das Wasser eingetragen wird.

**TIPP:**

Vor dem Baden sollten Sie duschen. So kann der Harnstoffeintrag über die Haut um bis zu 97 Prozent verringert werden. Für Kleinkinder und Babys gibt es Schwimmwindeln. Verzichten Sie nach Verletzung oder Operationen, mit nicht vollständig verheilten Wunden, auf das Baden. Alternativ sollten Sie dann wasserdichte Verbände tragen.

Hieraus leitet sich ab, dass mit zunehmender Besucherzahl auch ein Anstieg der unangenehmen Begleiterscheinungen verbunden sein kann. Es ist deshalb wichtig, dass der Betreiber eines Bades und die Badegäste selbst verantwortungsvoll mit dem Badewasser „umgehen“.

**TIPP:**

Manche Schwimmbäder verfügen über beheizte und geflieste Sitzflächen. Da feuchte und zusätzlich noch warme Oberflächen ideale Nährböden für Keime sind, setzen Sie sich möglichst nur auf Ihr Handtuch. Tragen Sie außerdem Badeschuhe, um sich vor möglichen Keimen auf dem Hallenboden zu schützen.

**2.3 Allergiegefahr durch Ambrosia**

Wo man im Winter das Spiel der Vögel im Futterhaus beobachtet hat, bekommt man vielleicht im Spätsommer plötzlich Niesanfälle und tränende Augen. Grund dafür sind die Pollen der einjährigen Pflanze mit dem göttlichen Namen „Ambrosia“, deren Samen sich als Verunreinigung im Vogelfutter befanden. Es handelt sich hierbei um die Beifußblättrige Ambrosie, kurz Beifuß-Ambrosie (*Ambrosia artemisiifolia*), auch Traubenkraut oder englisch Ragweed genannt.

Schon geringste Pollenmengen reichen bei Allergikern aus, um Symptome wie tränende Augen, Heuschnupfen, Kopfschmerzen oder Husten bis hin zum Asthma auszulösen. Die Pflanze verursacht aber noch mehr – eine Berührung kann bei sensibilisierten Menschen zu Hautausschlägen, Nesselsucht oder roten, juckenden Quaddeln führen. Wer mit solcherlei Reaktionen rechnen kann, ist ungewiss – es kann Jeden treffen. Medizinisch belegt ist eine „Kreuzreaktion“ mit Beifuß. Das bedeutet, dass unter Umständen der Beifußallergiker bei Kontakt mit Ambrosiapollen länger leidet, da Ambrosia noch nach dem Beifuß und manchmal bis zum Eintreten von Frost blüht und die Pollen entsprechend länger aktiv sind.

Die Wärme liebende Pflanze, die ursprünglich aus Nordamerika stammt, breitet sich nach und nach über ganz Europa aus. Klimawandel, Verkehrsströme, globaler Handel und Tourismus begünstigen ihre Ausbreitung. Brandenburg bietet Ambrosia zu allem noch den von ihr geliebten Sandboden. Die Unkrautpflanze vermehrt sich durch Samen, die im Boden bis über 40 Jahre keimfähig bleiben können. Man findet Ambrosia nicht nur an Vogelfütterungsplätzen, sondern auch auf Brachflächen, Stilllegungsflächen, in Neubaugebieten, an Randstreifen und Böschungen von Straßen und Wegen und auf Feldern.

Ende 2006 hat das Julius Kühn-Institut, der Nachfolger der Biologischen Bundesanstalt für Land- und Forstwirtschaft, ein Aktionsprogramm Ambrosia beschlossen, welches auch Teil eines Aktionsplans gegen Allergien des



Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ist. Ziel dieser Initiativen ist es, die weitere Ausbreitung der Pflanze zu stoppen und sie möglichst wieder zurückzudrängen.

Neben dem Monitoring zur Verbreitung der Pflanze und Maßnahmen zur Verhinderung weiterer Ein- und Verschleppung von Ambrosiasamen sowie zur Bekämpfung existierender Pflanzen bildet die Informationsarbeit einen Schwerpunkt in diesem Aktionsprogramm. Nur durch die Mithilfe von informierten Bürgern ist das gesteckte Ziel zu erreichen.

#### **TIPP:**

**Woran Sie die Pflanzen erkennen, informiert ein Faltblatt des MLUV. Sie können es kostenlos bestellen oder auch direkt von der Internetseite des Ministeriums unter [www.mluv.brandenburg.de/info/ambrosia](http://www.mluv.brandenburg.de/info/ambrosia) herunterladen.**

#### **Steckbrief Ambrosia – Beifußblättrige Ambrosie (*Ambrosia artemisiifolia*)**

- *Merkmal: gefiederte Blätter*



Doppelt gefiederte Blätter, die an Ober- und Unterseite grün sind

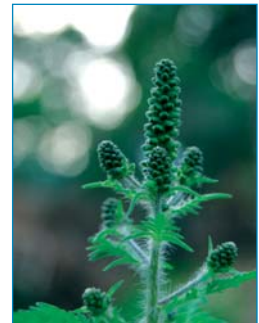
- *Merkmal: kerzenleuchterartige Anordnung der Blütenköpfe*



Männliche Blütenköpfe erscheinen ab August an den Enden der Sprossachse und aus den Blattachseln  
Wuchshöhe bis zu 1,5 Meter

- *Merkmal: traubenförmiger Blütenkopf und beharfter Stängel*

Die traubigen Blütenköpfe – daher auch der deutsche Name „Traubenkraut“ – sind kerzenleuchterartig angeordnet und haben behaarte Stängel, als Jungpflanze grün später rötlich gefärbt.



#### **TIPP:**

**Folgende Hinweise zur sicheren und dauerhaften Entfernung von Ambrosia sollten Sie beachten:**

- identifizierte Pflanzen möglichst vor der Blüte mit Wurzel entfernen
- im geschlossenen Beutel über den Hausmüll entsorgen
- Handschuhe tragen und Körperkontakt vermeiden
- bei blühenden Pflanzen Mundschutz oder Feinstaubmaske tragen – Allergiker sollten diese Arbeiten nicht durchführen
- große Flächen tief abmähen, Neuaustrieb beobachten und Mahd gegebenenfalls wiederholen
- Mahd über die Müllverbrennung entsorgen

- *Merkmal: Verwechslungspartner Beifuß mit der typischen hellen Blattunterseite*

Die Ambrosia ähnelt äußerlich dem Gemeinen Beifuß und kann deshalb leicht mit ihm verwechselt werden. Ein deutlicher Unterschied findet sich an der Unterseite der Blätter, während sie beim Beifuß weißlich-silbrig ist, sind die Blattunterseiten der Ambrosia grün gefärbt.





## 2.4 Reisemitbringsel Tollwut



Die gefürchtete, für Mensch und Tier gefährliche Tollwut ist für jeden ein Begriff. Seit Beginn der aktiven Bekämpfung durch Immunisierungsmaßnahmen (Impfköder) im Wildbestand, insbesondere beim Fuchs, in den 90er Jahren konnte zunächst komplett in den neuen Bundesländern und mittlerweile auch in ganz Deutschland die Tollwut getilgt werden.

Der letzte Tollwutfall in Deutschland wurde am 3. Februar 2006 bei einem Fuchs in Rhein-

land-Pfalz amtlich festgestellt. Nach Abschluss der darauffolgenden Immunisierungsmaßnahmen gibt es nunmehr in Deutschland keine gefährdeten Gebiete mehr.

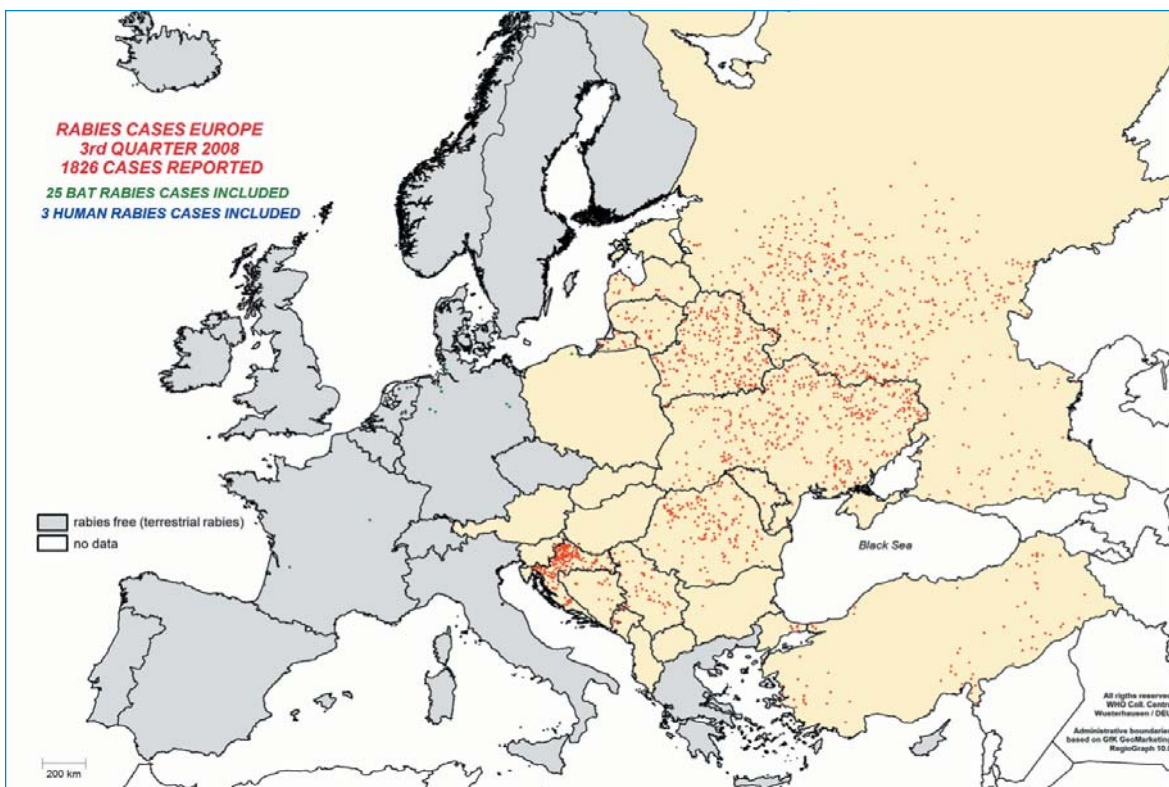
Jedoch gibt es, wie die Abbildung zeigt, in einigen europäischen Ländern Tollwutfälle bei Wild und Haustieren. Die Seuche kann auch in Deutschland wieder auftreten, wenn z. B. ungeimpfte Hunde, oft auch bereits infizierte Welpen, aus dem Urlaub mitgebracht werden.

### TIPP:

**Führen Sie nur Hunde und Katzen mit einer gültigen Tollwutimpfung nach Deutschland ein.**

**Sollten Sie im Ausland von einem Wild- oder Haustier gebissen werden, ist ein Arztbesuch zu empfehlen.**

Damit Brandenburg auch weiterhin frei von Tollwut bleibt, werden umfangreiche Kontrolluntersuchungen durchgeführt. Dazu werden in Brandenburg jährlich flächendeckend zirka



Untersuchungen Tollwutsituation in Europa 2. Quartal 2008

■ Tollwut-frei, • Tollwutfälle im Wildbestand, • Fledermaustollwut

2.400 Füchse, die als eigentliches Reservoir für den Erreger gelten, durch die Jagdausübungsberechtigten zur Untersuchung auf Tollwut an das Landeslabor eingesandt. Das Land unterstützt diese Kontrollmaßnahme mit einer Aufwandsentschädigung an die Jäger.

Zunehmend wird in der Öffentlichkeit aber auch über die Fledermaustollwut gesprochen. Sie stellt eine eigenständige Erkrankung dar und ist ebenfalls, wie die Fuchstollwut, für den Menschen eine tödliche Gefahr. Da Fledermäuse nachtaktiv sind, sie sich zudem von Insekten ernähren, kann lediglich eine Übertragung in Verbindung mit Verletzungen nach der Berührung von flugunfähig gewordenen Fledermäusen erfolgen.

**TIPP:**

**Vorbeugend sollten Sie deshalb Fundtiere nicht mit bloßen Händen berühren. Informieren Sie die in den Landkreisen jeweils zuständigen Veterinärämter. Die Adressen finden Sie im Kapitel 5.**

## **2.5 Kleiner Fuchsbandwurm in Brandenburgs Wäldern**

Die Infektion des Menschen mit dem Kleinen Fuchsbandwurm gilt als die gefährlichste von Tieren auf den Menschen übertragbare Parasiteninfektion in Mitteleuropa.



### **Parasiten**

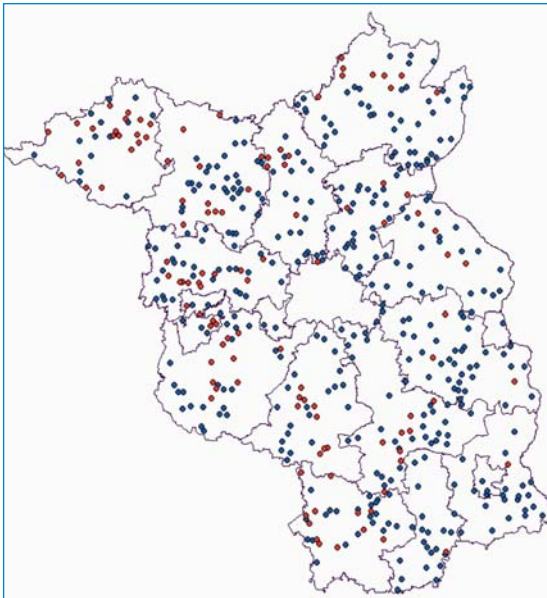
Als Parasiten werden unter anderem Schmarotzertiere bezeichnet, die andere Lebewesen schädigen. Zu den harmlosen Schädigungen zählen sicherlich Stiche und Bisse von Mücken, Bremsen und Wespen. Einige Parasiten, wie Flöhe, Läuse und Krätzmilben können jedoch auch schwere Hautkrankheiten hervorrufen.

Mit dem Kleinen Fuchsbandwurm infizierte Endwirte beherbergen die 1 bis 3 mm kleinen Bandwürmer im Dünndarm. In unseren Breiten sind vor allem Fuchs, Marderhund und in seltenen Fällen Hunde und Katzen die Endwirte. Sie scheiden die auch für den Menschen infektiösen Wurmeier mit dem Kot aus. Die Eier können an bodennah wachsenden Pflanzenteilen über Monate infektiös bleiben. Natürliche Zwischenwirte des Kleinen Fuchsbandwurms sind Nagetiere, die sich durch Aufnahme der Eier infizieren. Die sich aus den Eiern entwickelnden Larven setzen sich in der Leber der Nagetiere fest. Frisst ein Fuchs oder ein anderer geeigneter Endwirt ein infiziertes Nagetier, schließt sich der Lebenszyklus.

Nimmt der Mensch die Eier des Kleinen Fuchsbandwurms über Waldfrüchte oder Waldkräuter auf, können sich die Larven auch bei ihm vorwiegend in der Leber festsetzen. Es entwickeln sich Bläschen und Blasen, die die Leber zunehmend zerstören. Unbehandelt verläuft die Erkrankung meist tödlich. Durch Früherkennung und den Einsatz einer Chemotherapie kann die Sterblichkeit reduziert werden. Eine Heilung ist jedoch nicht möglich.

Hinweise auf eine deutliche Zunahme von infizierten Füchsen verdichten sich seit einigen Jahren. Dies gilt auch für Brandenburg, wo der Kleine Fuchsbandwurm inzwischen fast überall anzutreffen ist. Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Zunahme der Infektion beim Fuchs zu einem erhöhten Infektionsrisiko für den Menschen führt. Wegen der langen Inku-

bationszeit von 5 bis 15 Jahren würde es aber erst mit vielen Jahren Verzögerung zu einem Anstieg der Erkrankungszahlen kommen.



Untersuchungen Füchse und Marderhunde im 1. Halbjahr 2008

- 175 infizierte Tiere
- 1.146 nicht infizierte Tiere

#### TIPP:

**Bodennah wachsende Nahrungsmittel, die möglicherweise mit dem Kot infizierter Endwirte in Berührung kommen, wie Beeren, Pilze, Gemüse, Salat und Fallobst, sollten Sie vor dem Verzehr gründlich waschen, wenn möglich auch kochen oder trocknen.**

**Nach Erdarbeiten waschen Sie sich bitte gründlich die Hände.**

## 2.6 Strahlenbelastung von Waldpilzen in Brandenburg

Wenn es um Waldpilze geht, denken viele Verbraucher auch noch über 20 Jahre nach der Reaktorkatastrophe in Tschernobyl an eine mögliche Strahlenbelastung.

Bedeutet Pilzverzehr eine Strahlenbelastung? Kann man Pilze wieder unbesorgt essen? Gibt es Unterschiede nach Art oder Herkunft der Pilze? – Dies sind häufig gestellte Fragen.



Die Radioaktivität aus dem Tschernobyl-Unfall am 26. April 1986 ist immer noch in der Umwelt.

Die Tschernobyl-Radioaktivität findet man in Form des radioaktiven Cäsium-137, und zwar überwiegend in den oberen Schichten des Erdreichs. Der radioaktive Zerfall, der zu einem Rückgang der Cäsium-Gehalte führt, geht nur sehr langsam vor sich: Nach 30 Jahren ist immer noch die Hälfte der ursprünglichen Aktivität vorhanden, nach weiteren 30 Jahren davon wiederum die Hälfte, dann insgesamt noch ein Viertel des Anfangswertes. Deswegen nennt man die 30 Jahre auch Halbwertszeit.

In landwirtschaftlich erzeugten Lebensmitteln ist die Radioaktivität kaum mehr nachweisbar. Das Cäsium ist im Ackerboden sehr fest gebunden und kann von Pflanzenwurzeln praktisch kaum noch aufgenommen werden. Obst, Gemüse und Futterpflanzen sind schon seit Jahren praktisch unbelastet von Tschernobyl-Radioaktivität und damit auch tierische Lebensmittel wie Fleisch und Milch. Die Messwerte liegen in vielen Fällen schon unterhalb der Nachweisgrenze der routinemäßigen Laborverfahren, die bei 0,1 Becquerel radioaktives Cäsium pro kg (Bq/kg) liegt.

#### Becquerel

Becquerel (Bq) ist die SI-Einheit der Radioaktivität. Die Einheit ist nach dem französischen Physiker Antoine Henri Becquerel benannt, der 1903 zusammen mit Marie Curie den Nobelpreis für die Entdeckung der Radioaktivität erhalten hat. Das Becquerel gibt die Anzahl der Atome an, die pro Sekunde zerfallen.





Eine Ausnahme ist der Wald, weil der Waldboden als besonderes Ökosystem anders zusammengesetzt ist als Acker- oder Weideböden.

Cäsium kann hier viel leichter durch Pflanzenwurzeln und Pilze aufgenommen werden. Das bedeutet: Pilze aus dem Wald sind stärker cäsiumhaltig als z. B. Pilze von der Wiese. Hinzu kommt, dass im Wald bestimmte Pilzarten wachsen, die Cäsium besonders stark im Fruchtkörper anreichern können. Da Pilze und Waldpflanzen wie Farn und Beeren auch auf dem Speisezettel von Wildschweinen, Rehen und Hirschen stehen, ist in deren Fleisch oftmals noch deutlich Cäsium-137 nachweisbar.

Das gilt freilich nicht für Wild aus Gatterhaltung, das sein Futter nicht selbst im Wald suchen muss. Ebenso sind Kulturpilze, die nicht aus dem Wald stammen, sondern auf Substraten angebaut werden, nicht mit Cäsium belastet.

### **Die Radioaktivität aus Tschernobyl ist nicht die einzige Ursache für Strahlenbelastung**

Radioaktive Stoffe sind in der Natur allgegenwärtig, auch und vor allem solche, die nicht vom Menschen erzeugt und freigesetzt wurden. Radium, Kalium, Uran und Thorium sind nur einige der radioaktiven Stoffe, die erdgeschichtlich entstanden und seit Jahrmillionen in der Erdkruste vorhanden sind. Aus dem Erdreich, Gestein und mineralischen Baustoffen wird deshalb die sogenannte terrestrische Strahlung freigesetzt. Hinzu kommt noch die kosmische Strahlung aus dem Weltall.

#### **Sievert**

Das Sievert (Sv) ist die Maßeinheit verschiedener gewichteter Strahlendosen. Benannt ist die Einheit nach dem schwedischen Mediziner und Physiker Rolf Sievert (1896-1966). Da 1 Sv eine relativ große Dosis darstellt, werden praktisch vorkommende Werte meist in Millisievert (mSv) angegeben.

Alles in allem bringt die Natur dem „Durchschnittsdeutschen“ auf diese Weise eine Strahlenbelastung zwischen einem und fünf Millisievert (mSv) pro Jahr. Der Wohnort und die Lebensgewohnheiten des Einzelnen spielen eine wichtige Rolle.

Ob die natürliche Strahlendosis zugleich eine Strahlenbelastung darstellt, ist Ansichtssache.

### **Strahlenbelastung durch den Verzehr von Waldpilzen**

Jede Pilzart hat unterschiedliche Fähigkeiten natürliche und künstliche Radioaktivität zu speichern. Wie sich der Pilz ernährt, beeinflusst die Radioaktivitätsgehalte.

Waldpilzarten leben in Symbiose mit den Bäumen des Waldes, ihr Stoffwechsel ist mit denen der Baumwurzeln verbunden. Dadurch haben diese sogenannten Symbionten Zugang zum größten Teil des im Waldboden gespeicherten Cäsiums. Bekannte Symbionten sind die meisten Röhrlinge, wie Marone und Steinpilz; aber auch Pfifferling und Blätterpilze wie Grünling und Perlpilz zählen zu dieser Gruppe.

Andere Pilzarten (Saprophyten) ernähren sich durch Zersetzung von abgestorbenen Pflanzenteilen, wie Laub- oder Nadelstreu. Diese Arten nehmen wegen der fehlenden Symbiose mit Baumwurzeln viel weniger von der Radioaktivität des Bodens auf, sie sind deswegen zumeist deutlich geringer belastet. Zu dieser Gruppe zählen die diversen Champignonarten, der Riesenschirmpilz und die Krause Glucke.

Die in der Abbildung 1 dargestellten Messergebnisse belegen die Aussagen deutlich.

Am Beispiel des beliebten Waldpilzes Marone sollen die möglichen Belastungen genauer dargestellt werden.

Die Marone speichert viel Cäsium-137. So enthielt eine Probe aus dem Jahr 2008 950 Bq/kg.

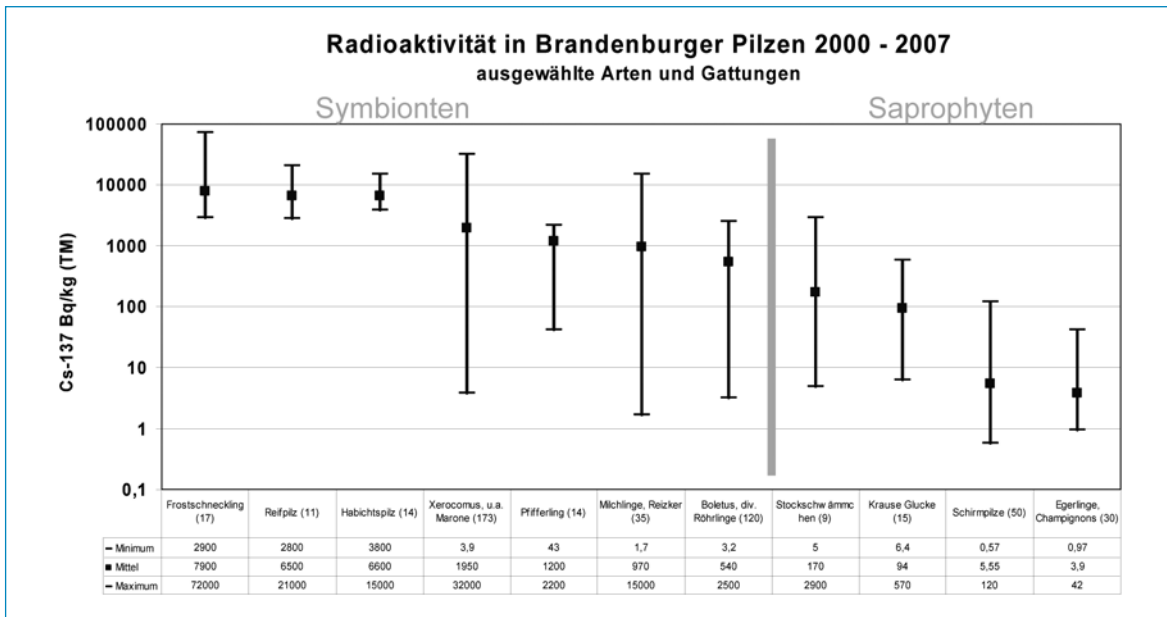


Abb. 1: Unterschiede in der radioaktiven Belastung von Pilzen nach Lebensweise, Art und Gattung

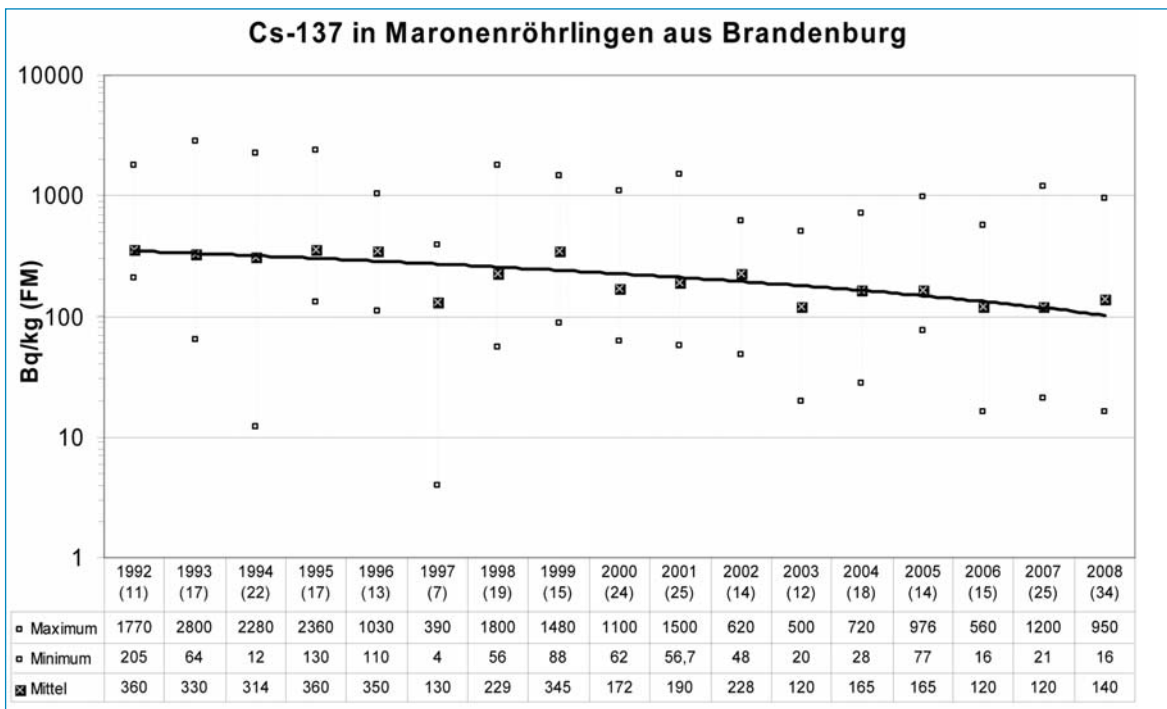


Abb. 2: Entwicklung der Tschernobyl-Radioaktivität in Pilzen am Beispiel der Marone

Wie die Abbildung 2 zeigt, ist die Belastung innerhalb von 16 Jahren auf weniger als die Hälfte zurückgegangen. Das ist einerseits durch radioaktiven Zerfall und andererseits durch die Wanderung der Radioaktivität in tiefere Bodenschichten zu erklären.

Isst man nur Maronen und der gesamte Jahresverzehr von angenommen 10 kg wäre durchgängig so hoch belastet, dann hat man insge-

samt 9.500 Bq Cäsium zu sich genommen. Das führt zu einer Strahlendosis von 0,12 mSv. Diese Dosis macht gerade einmal fünf Prozent der Strahlendosis aus, der man ohnehin auf natürlichem Wege ausgesetzt ist. Wer sich dennoch Sorgen wegen der Strahlenbelastung macht, müsste mit der gleichen Logik z. B. von Langstreckenflügen abraten. Ungefähr die gleiche „Extra-“Strahlendosis von 0,12 mSv erhält man z. B. durch einen Flug von Berlin nach

New York und zurück aufgrund der erhöhten kosmischen Strahlung in Flughöhe.

### **Waldpilze aus dem Ausland**

Im Handel angebotene konservierte Pilze sowie die saisonale Frischware, vor allem Pfifferlinge, stammen nicht aus Deutschland. Für die Radioaktivität in Pilzen, gilt laut EU-Vorschriften ein Höchstwert von 600 Bq/kg. Die Einhaltung dieses Höchstwertes muss durch Vorlage eines Untersuchungsprotokolls vom Importeur nachgewiesen werden. Zudem erfolgt durch die Lebensmittelüberwachungsbehörden an den Grenzzollämtern eine systematische Untersuchung aller Einfuhren. Von den 885 durch

#### **TIPP:**

**Wenn Sie Wildpilze in üblichen Mengen genießen, müssen Sie sich keine Sorgen wegen der darin enthaltenen Radioaktivität machen.**

**Es gibt andere Gründe, Pilze nicht mehr als in üblichen Mengen zu verzehren. Wegen möglicher Schwermetallbelastungen empfiehlt die Weltgesundheitsorganisation, wöchentlich nicht mehr als 250 g Wildpilze zu essen.**

Brandenburger Behörden untersuchten Lieferungen im Jahr 2008 wurde nur in einem Fall eine Grenzwertüberschreitung festgestellt.



### 3 Lebensmittelsicherheit

#### 3.1 Werbetricks bei Lebensmitteln

Werbung ist allgegenwärtig, Werbung für Lebensmittel ist davon nicht ausgenommen. In einem Land, in dem Lebensmittel und Konsumgüter im Übermaß produziert bzw. angeboten werden, ist Werbung das gängige Mittel zur Beeinflussung der Kaufentscheidung von Kunden.

Werbung ist keine Erfindung der Neuzeit. Schon in den Ruinen von Pompeji fanden sich kommerzielle Werbetafeln und im Mittelalter zogen Marktschreier von Markt zu Markt, um ihre Waren anzupreisen. Nur in Zeiten des Mangels ist die Vielfalt der beworbenen Produkte eingeschränkt.

Werbung dient nicht der umfassenden Information des interessierten Bürgers, sondern ist ausschließlich ein Instrument der Absatzförderung.

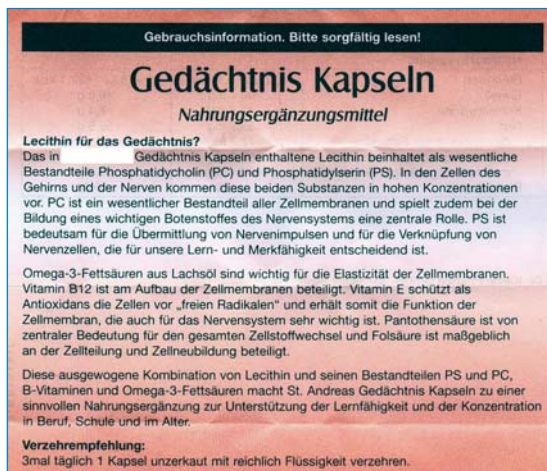
Diese Aussage lässt sich in der Praxis an Hand der Kennzeichnung auf Fertigpackungen von Lebensmitteln insbesondere Nahrungsergänzungsmitteln und kosmetischen Produkten leicht überprüfen.

##### **Nahrungsergänzungsmittel**

Nahrungsergänzungsmittel gehören zu den Lebensmitteln des allgemeinen Verzehrs. Sie unterscheiden sich von anderen Lebensmitteln dadurch, dass sie in kleinen Dosierungen, etwa als Tabletten oder Kapseln angeboten werden. Sie enthalten Vitamine, Mineralstoffe oder sonstige Nährstoffe, die eine ernährungsspezifische oder physiologische Wirkung in konzentrierter Form haben sollen. Sie dürfen die normale Ernährung ergänzen, jedoch keine arzneiliche Wirkung haben.

Auf Packungen, die im Einzelhandel angeboten wurden, sind Aussagen zu finden wie

- steigert das Wohlbefinden,
- unterstützt die Abwehrkräfte ihres Körpers oder



- stimuliert die wünschenswerte natürliche Aktivität ihrer Zellen.

Es handelt sich in der Regel um Aussagen, die wissenschaftlich weder zu beweisen noch zu widerlegen sind. Da der Lebensmittelhandel einer regelmäßigen amtlichen Überwachung unterliegt, werden alle Produkte untersucht, begutachtet und gegebenenfalls reglementiert. Im Rahmen der Kontrolle werden auch Kennzeichnung und Auslobung der Produkte kontrolliert. Die Verwendung von bei Herstellern und Händlern so beliebten Werbetricks hält sich also in Grenzen. Auch die Rechtsprechung sah bisher allgemeine Aussagen deshalb zum Wohlbefinden bzw. zur Gesundheit im Allgemeinen als zulässig an.

Ganz anders stellt sich die Situation bei so genannten Kaffeefahrten und im Internethandel dar.

Es finden sich Werbeaussagen bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen wie

- das Produkt macht aggressive Radikale unschädlich,
- mit dem Produkt hat mein Vater wirksam den Krebs bekämpft oder
- mit dem Produkt können sie ihr Körpergewicht wöchentlich um 4 kg reduzieren, ohne auf ihre lieb gewonnenen Lebensgewohnheiten zu verzichten.

Die Liste lässt sich beliebig ergänzen, der Kreativität der Werbewirtschaft und der Verkäufer sind kaum Grenzen gesetzt.

Nach geltendem deutschem Recht ist gesundheitsbezogene Werbung erlaubt, solange sie für den Verbraucher nicht irreführend ist. Krankheitsbezogene Werbung war und ist schon immer verboten.

Mit der Health Claims Verordnung der EU ist seit 2007 für die Werbung mit nährwert- und gesundheitsbezogenen Angaben bei Lebensmitteln ein Systemwechsel vollzogen worden. Während in zurückliegender Zeit alles als erlaubt galt, was nicht verboten war, heißt es zukünftig „Alles ist verboten, was nicht erlaubt ist“. Daraus ergeben sich für die Hersteller gravierende Änderungen bei der Kennzeichnung von Lebensmitteln und Nahrungsergänzungsmitteln. So gelten zukünftig strenge Regeln, unter welchen Voraussetzungen ein Produkt als „energiearm“ oder „fettarm“ bezeichnet werden darf.

#### **Health Claims**

Eine gesundheitsbezogene Angabe, auf Englisch „health claim“, ist nach der EU-Verordnung jede Angabe, die erklärt, suggeriert oder auch nur indirekt zum Ausdruck bringt, dass ein Zusammenhang zwischen einem Lebensmittel oder einem seiner Bestandteile und der Gesundheit besteht.

Gesundheitsbezogene Angaben dürfen zukünftig nur gemacht werden, wenn sich die Aussagen auf akzeptierte wissenschaftliche Daten stützen. Zusätzlich muss das Vitamin, auf das hingewiesen wird, im Endprodukt auch in einer ausreichenden Menge vorhanden sein.

Zukünftig wird zwischen den Kategorien unterschieden:

#### **Krankheitsbezogene Werbeaussagen**

Es erfolgt auf dem Etikett oder dem Beipackzettel der Hinweis, dass mit dem Verzehr dieses Lebensmittels möglicherweise eine Krankheit verhindert werden kann. Diese Informa-

tion bedarf der Zulassung durch die Europäische Kommission.

„Calcium kann das Osteoporoserisiko reduzieren“ wäre z. B. eine Werbeaussage für Milch, die reich an Calcium ist.

#### **Gesundheitsbezogene Werbeaussagen**

Aussagen wie „Calcium stärkt die Knochen“, können verwendet werden, sofern diese beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit beantragt und auf europäischer Ebene geprüft wurden. Der wissenschaftliche Nachweis ist durch den Antragsteller zu erbringen. Diese Werbeaussagen werden in einer Gemeinschaftsliste erfasst und veröffentlicht.

Die Industrie prüft derzeit intensiv die Kennzeichnung ihrer im Markt eingeführten Produkte unter dem Aspekt, dass die neuen Regeln auch für Marken, Markennamen und Phantasiebezeichnungen gelten. Aussagen, die zukünftig einer Prüfung nicht mehr standhalten, werden schrittweise zurückgezogen.

#### **Phantasiebezeichnungen**

Ein Phantasienamen (beispielsweise „Hochzeitssuppe“) reicht als Bezeichnung für ein Produkt nicht aus. Anhand eines verbindlichen Namens muss die Art des Lebensmittels erkennbar sein und sich so auch von anderen Nahrungsmitteln unterscheiden lassen.

Statt „Nimm 2, denn Naschen ist gesund“ wird heute nur noch für „Nimm 2“ geworben, weil der Zuckergehalt in diesem Produkt sehr hoch ist.

Ob aber die heute bestehenden gravierenden Mängel bei der Werbung im Internet und bei sogenannten Kaffeefahrten und Haustürgeschäften beseitigt werden, bleibt zu bezweifeln.

#### **TIPP:**

**Lassen Sie sich nicht unter Druck setzen. Nehmen Sie sich Zeit, die Angebote in Ruhe zu prüfen.**

Das Internet ist eine Plattform, in der viele dubiose Angaben veröffentlicht werden können. Eine systematische Kontrolle des Internets wird in Ansätzen durchgeführt, um schwere Straftaten zu verhindern (siehe Kapitel 4.4). Die dort angebotenen Lebensmittel, Nahrungsergänzungsmittel und Sportlernahrung entziehen sich leider fast ausnahmslos der amtlichen Überwachung.

Rechtliche Probleme und die vorhandenen personellen Ressourcen hindern die Überwachungsbehörden an einer systematischen und umfassenden Kontrolle.

**TIPP:**

**Denken Sie bitte bei der Bestellung eines Erzeugnisses außerhalb unserer Landesgrenzen daran, dass das Erzeugnis nicht auf der Grundlage der in Deutschland geltenden lebensmittelrechtlichen Bestimmungen geprüft wurde.**

In einigen Fällen bestehen auch erhebliche Zweifel, ob die gelieferten Waren den gesetzlichen Bestimmungen des Ursprungslandes entsprechen. Werbeaussagen sollte nicht kritiklos geglaubt werden. Hier ist die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers gefragt.

### 3.2 Schadstoff des Monats

„Acrylamid in Honigkuchen“, „Cumarin in Zimt“ und „Melamin in Säuglingsmilch“ lauteten die Schlagworte in den Medien, wenn es darum ging, die Verbraucher vor Gefahren zu warnen, die von Lebensmitteln ausgehen.

Sind unsere Lebensmittel heute gefährlicher oder unsicherer als in den zurückliegenden Jahren?

Diese Frage wird immer wieder gestellt und leider oft nur oberflächlich oder stark emotional beantwortet. Was ist also wirklich dran, an den zunehmenden „Horror-meldungen“?

„Alles Übel kommt vom Tun!“

Die Lebensmittelanalytik hat heute einen Stand erreicht, in dem der Gehalt an Lebensmittelinhaltsstoffen, unerwünschten Kontaminanten und Rückständen von Pflanzenschutzmitteln in Lebensmitteln auch in minimalen Spuren exakt zu bestimmen ist. Die so gewonnenen Analysedaten werden heute aber nicht mehr wie in vergangenen Jahrzehnten ausschließlich in der Fachpresse veröffentlicht und unter Wissenschaftlern diskutiert, sondern gelangen kurzfristig in die öffentlichen Medien wie Presse und Fernsehen. Da ein Analysewert allein keine Aussagekraft besitzt, sind jetzt die Toxikologen gefragt, die eine Risikobewertung vornehmen müssen. Die mögliche Gefahr eines Stoffes für den Verbraucher muss also ermittelt werden. Diese wissenschaftliche Risikobewertung ist aufwändig und teuer. Dabei ist es unerheblich, ob das Risiko groß oder klein ist, ob es objektiv vorhanden ist oder vom Verbraucher nur subjektiv wahrgenommen wird. Aus den gewonnenen Erkenntnissen werden dann vom Gesetzgeber Höchstmengen bzw. Eingreifwerte oder sogenannte Signalwerte festgelegt.



Im Folgenden wird das Spannungsfeld zwischen zulässigen Gehalten an unerwünschten Stoffen und bestehender oder vermuteter Gesundheitsgefahr dargestellt.

Paracelsus (1493 bis 1541) prägte den auch heute noch gültigen Grundsatz:

„Dosis sola facit venenum“ – „Allein die Menge macht das Gift“.



Unter diesem Gesichtspunkt sollen drei Stoffe, zwischen denen kein inhaltlicher Bezug besteht, betrachtet werden.

### Acrylamid

Acrylamid gibt es in Lebensmitteln schon solange, wie Menschen Lebensmittel braten, rösten oder räuchern. Auch unsere Großmütter warnen schon vor verbrannten Bratkartoffeln oder Toastbrot, das bei übermäßigem Verzehr Gesundheitsschäden hervorrufen kann.

Aber erst 2002 gelang es schwedischen Wissenschaftlern in den stark erhitzten Lebensmitteln den Röststoff Acrylamid nachzuweisen.

Acrylamid befindet sich in Chips, Cornflakes, Pommes frites, Knäckebrot und in Kaffee aber auch im Rauch von Zigaretten und Zigarren. Es bildet sich in stärkehaltigen Lebensmitteln, wenn diese hoch erhitzt werden, bei gleichzeitiger Anwesenheit der Aminosäure Asparagin und beim Verbrennen von Tabak. Gekochte oder gedünstete Lebensmittel sind dagegen frei von Acrylamid. Die Acrylamidbildung erfolgt sowohl bei der industriemäßigen Lebensmittelproduktion wie auch im eigenen Haushalt.

Im Tierversuch wurde nachgewiesen, dass Acrylamid krebserregend und in hohen Dosen nierenschädigend ist. Deshalb musste gehandelt werden.

Welche Mengen für den Menschen gefährlich sind und wie die Substanz tatsächlich wirkt, kann noch nicht sicher und abschließend eingeschätzt werden. Die Festlegung von Höchstwerten war auf Grund des vorhandenen Datenmaterials nicht möglich. Acrylamidhaltige Lebensmittel zu verbieten, wäre eine Illusion. Da die Bildung des Stoffes abhängig von den

gewählten Herstellungs- und Zubereitungsverfahren ist, wurde zwischen der Wirtschaft und den Verbraucherschutzbehörden auf Bundes- und Landesebene ein sogenanntes Minimierungskonzept erarbeitet. Ziel ist es, die Gehalte an Acrylamid in industriell hergestellten Lebensmitteln systematisch zu senken. Der eingeschlagene Weg brachte messbare Erfolge. Die Herstellung acrylamidfreier Pommes frites ist aber nicht möglich.

### Cumarin

Cumarin ist ein natürlicher Aroma- und Duftstoff, der in vielen Pflanzen wie Waldmeister, Tonka-Bohnen und Steinklee Kraut in unterschiedlichen Konzentrationen vorkommt. Auch verschiedene Zimtarten, die unter der Bezeichnung Cassia-Zimt zusammengefasst werden, enthalten Cumarin. Durch die Verwendung von preiswertem Cassia-Zimt in traditionellem Weihnachtsgebäck und Cornflakes ist Cumarin in einer Vielzahl von Lebensmitteln enthalten. Eine andere Zimtsorte, der Ceylon-Zimt, ist dagegen arm an Cumarin. Er ist teurer als Cassia-Zimt und verteuert somit die Lebensmittel. Eine Deklarationspflicht für die verwendete Zimtsorte besteht nicht.

#### Cassia- und Ceylon-Zimt

Der Ceylon-Zimt (echter Zimt) ist ein Gewürz aus der getrockneten Rinde von Zimtbäumen, insbesondere des Echten oder Ceylon-Zimtbaums (*Cinnamomum verum* J.S. Presl). Zur Gewinnung von Zimtöl werden kleinere Äste und auch die Blätter verwendet. Der Ceylon-Zimtbaum stammt aus der Familie der Lorbeergewächse (Lauraceae).

Die Zimtkassie (*Cinnamomum cassia*) ist auch eine Pflanzenart aus der Familie der Lorbeergewächse. Sie ist die Quelle für den sogenannten Cassia-Zimt (Gewürzrinde). Kassia ist kein echter Zimt, sondern ein eigenes Gewürz.

Synthetisch hergestelltes Cumarin wird in kosmetischen Produkten eingesetzt, seine Verwendung in Lebensmitteln ist aber untersagt.

#### TIPP:

**Da Acrylamid auch beim Backen und Braten im Haushalt entsteht, sollten Sie auch hier Vorsichtsregeln einhalten. Diese finden Sie beispielsweise auf den Internetseiten der Verbraucherzentrale Brandenburg unter [www.vzb.de](http://www.vzb.de).**

Aus dem Einsatz von Cumarin im Bereich der Medizin ist bekannt, dass es bei einer kleinen Gruppe sensibler Personen zu Leberschäden kommen kann, wenn die Medikamente über einen längeren Zeitraum eingenommen werden. Diese unerwünschte Wirkung ist aber reversibel. Die Leber dieser Patienten hat sich innerhalb weniger Wochen nach Absetzen des Medikamentes vollständig erholt.

Da Cumarin ein natürlicher Pflanzeninhaltsstoff ist, wird für Zimt kein gesetzlicher Höchstwert festgelegt. Zulässige Höchstwerte an Cumarin in zusammengesetzten Lebensmitteln wie traditionellen Backwaren, Frühstücksgetreideerzeugnissen und Dessertspeisen gelten auf der Grundlage einer EU-Verordnung ab 2011. Diese Höchstwerte sind so bemessen, dass Personen, die eine übliche Mischkost zu sich nehmen, beim gelegentlichen Verzehr von Zimsternen oder Milchreis mit Zimt und Zucker keine gesundheitlichen Beeinträchtigungen befürchten müssen.

#### **TIPP:**

**Achten Sie bei Ihren Kindern darauf, dass nicht ausschließlich Frühstückscerealien mit Zimt verzehrt werden.**

### **Melamin**

Bis Ende des Jahres 2006 wurde die chemische Substanz Melamin ausschließlich mit einem Kunststoff der Gruppe der Duroplaste in Verbindung gebracht. Der überwiegende Teil von Melamin wird heute zu Aminoplast-Kunstharzen verarbeitet, die bei der Herstellung von Spanplatten verwendet werden. Melamin-Harzschaum wird als nicht brennbares Polstermaterial im Flugzeugbau eingesetzt oder zu Putzmitteln verarbeitet.

2006 wurde Melamin erstmalig in Heimtierfutter in China nachgewiesen. In den USA starben nach der Verfütterung Haustiere. Das Futter wurde vom Markt genommen.

2008 schreckte die Öffentlichkeit auf, als bekannt wurde, dass nach dem Verzehr von Milchpulver in China Erkrankungsfälle auftraten und

Säuglinge starben. Die EU-Kommission verbot daher am 25. September 2008 die Einfuhr aller Erzeugnisse für Säuglinge und Kleinkinder mit Milchanteil. Belastete Milchprodukte wurden in Österreich und der Slowakei gefunden. Die deutschen Behörden der Lebensmittelüberwachung waren umgehend alarmiert. Belastete Säuglingsnahrung wurde in unseren Handelseinrichtungen nicht gefunden. Melamin konnte aber in Hirschhornsalz, Sahnebonbons und Keksen aus China nachgewiesen werden. Obwohl diese Erzeugnisse nur Spuren von Melamin enthielten, sind diese vorsorglich vom Markt genommen und die Bevölkerung öffentlich gewarnt worden.

#### **Was war geschehen?**

Nachdem die chinesischen Behörden wochenlang versucht hatten, den Skandal zu vertuschen, kam die Wahrheit doch tröpfchenweise ans Licht: Säuglingsnahrung auf Milchbasis wurde in China systematisch mit der Chemikalie Melamin gestreckt.

Melamin ist nicht nur billiger als Milchpulver, es ist geschmacklos und in warmem Wasser gut löslich. In der Analytik erfolgt die Bestimmung des Eiweißgehaltes über die Bestimmung des Stickstoffgehaltes nach Kjeldahl. Diese Methode ist einfach durchzuführen aber unspezifisch. Durch den Zusatz von Melamin wird ein nicht vorhandener Anteil an Milcheiweiß im untersuchten Erzeugnis vorgetäuscht. Zuverlässige Analysemethoden mit hoher Spezifität und Sensitivität, wie sie in Deutschland zur Verfügung stehen, wurden in China im Rahmen der Lebensmittelüberwachung offensichtlich nicht angewandt.

Die etwa 300.000 betroffenen Kinder erlitten Nierenschädigungen und Nierenversagen, mindestens sechs Babys starben. In den Skandal um belastete Säuglingsnahrung sollen 22 chinesische Firmen verwickelt sein. Gegen 60 Personen wurde Haftbefehl erlassen. In einem ersten Gerichtsprozeß wurden im Januar 2009 drei Angeklagte zum Tode, eine Angeklagte zu lebenslänglicher Haft und weitere fünf Personen zu langen Haftstrafen verurteilt. Weitere Urteile stehen aus.





### 3.3 Gentechnik im Einkaufskorb

#### Werbetricks

In Europa stehen die Verbraucher dem Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen kritisch gegenüber. Durch den Import von Lebensmitteln aus den USA, wo der Anbau von gentechnisch veränderten Sojabohnen und Mais weit verbreitet ist, gelangen diese Produkte auch nach Deutschland. Damit der Verbraucher den Einsatz von Gentechnik in Lebensmitteln erkennen kann, ist eine ausreichende Kennzeichnung dieser Produkte wichtig. Es muss auf dem Etikett erkennbar sein, dass es sich um ein gentechnisch verändertes Lebensmittel handelt.



#### Kennzeichnung

Für die Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln gilt grundsätzlich, dass

##### TIPP:

Bei verpackten Lebensmitteln finden Sie die Angabe in der Zutatenliste entweder in Klammern hinter der betreffenden Zutat oder in einer Fußnote.

Bei Lebensmitteln ohne Zutatenliste muss der Text deutlich auf dem Etikett lesbar sein.

Auch bei loser oder unverpackter Ware ist die Kennzeichnung vorgeschrieben. Hier muss mit einem Schild auf das gentechnisch veränderte Lebensmittel hingewiesen werden. Das gilt auch für Mahlzeiten in Restaurants oder Kantinen.

jedes Lebensmittel und jede Zutat, die unmittelbar aus gentechnisch veränderten Organismen (GVO) hergestellt wurde, kennzeichnungspflichtig ist. Dabei spielt es keine Rolle, ob der jeweilige GVO im Endprodukt nachweisbar ist oder nicht.

Dies wird durch eine Verordnung der Europäischen Union geregelt. Verbraucher müssen durch den Hinweis „genetisch verändert“ oder z. B. „aus genetisch verändertem Mais hergestellt“ informiert werden. Die Vorschriften gelten grundsätzlich für alle Lebensmittel.

#### Keine Regelung ohne Ausnahmen

Eine Ausnahme von der Kennzeichnung besteht für tierische Lebensmittel, wie Fleisch, Wurst, Milch und Eier, wenn sie von Tieren stammen, die Futtermittel aus gentechnisch veränderten Pflanzen erhalten haben. Sie gelten als Produkte, die „mit Hilfe von“ GVO hergestellt werden und sind von der Kennzeichnung ausgenommen.

Eine weitere Ausnahme betrifft Lebensmittel, die mit kleinen Mengen von zugelassenen GVO „verunreinigt“ sind. Zufällige, technisch unvermeidbare GVO-Beimischungen sind nur dann zu kennzeichnen, wenn ihr Anteil mehr als 0,9 Prozent beträgt.

Es gibt eine Reihe von Hilfsstoffen zur Verarbeitung von Lebensmitteln, die mit gentechnischen Verfahren hergestellt werden, im Lebensmittel selbst aber keine Funktion mehr haben.

#### Hilfsstoffe

Hilfsstoffe werden bei der Herstellung und Verarbeitung von Lebensmitteln eingesetzt. Sie unterstützen technische Prozesse wie Schneiden, Filtrieren oder Stoffumwandlungen. So ist das Enzym Chymosin ein Hilfsstoff, das man bei der Käseherstellung braucht.

Die Verwendung von technischen Hilfsstoffen in Lebensmitteln muss generell nicht

gekennzeichnet werden. Dies gilt auch, wenn diese Stoffe mit Hilfe von gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt werden.

Nicht kennzeichnungspflichtig ist auch Honig, der Pollen oder Nektar von gentechnisch veränderten Pflanzen enthält. Beim Einsammeln des Nektars in den Blüten nehmen die Bienen auch Pollen auf, der in geringen Mengen in den Honig gelangen kann.

**TIPP:**

**Beachten Sie bitte, dass die Kennzeichnung kein Warnhinweis ist. Sie informiert darüber, dass bei einem Lebensmittel GVO verwendet wurden, die in der EU zugelassen und als sicher bewertet wurden.**

Gentechnisch veränderte Lebensmittel sollen genau so sicher sein wie entsprechende Produkte ohne Gentechnik. Nur wenn diese Bedingung erfüllt ist, erlauben die EU-Vorschriften eine Zulassung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln. Gesundheitliche Schäden durch gentechnisch veränderte Lebensmittel sind bisher nicht bekannt.

Durch die Kennzeichnung hat der Verbraucher die Möglichkeit, zwischen Produkten, die mit und ohne Anwendung der Gentechnik erzeugt wurden, zu wählen.

### Kontrolle

Ohne Kontrolle nützt die beste Vorschrift nichts. Die Lebensmittelüberwachungsbehörden der Länder kontrollieren auch die Einhaltung der Kennzeichnungsvorschriften zur Gentechnik. Jährlich werden Lebensmittelproben auf GVO in speziell ausgerüsteten Laboren untersucht. Es werden standardisierte, amtlich anerkannte Nachweisverfahren eingesetzt, die Bestandteile von gentechnisch veränderten Pflanzen in kleinsten Mengen nachweisen können.

Verstöße gegen die Kennzeichnungsvorschriften beschränken sich auf wenige Ausnah-

mefälle. Zwar sind in zahlreichen soja- oder -maishaltigen Lebensmitteln geringe GVO-Spuren nachweisbar. Sie bleiben jedoch fast immer unterhalb des Schwellenwertes, der für die Kennzeichnung maßgebend ist.

Bei der Kontrolle der Gentechnik-Kennzeichnung wird nicht nur auf zugelassene gentechnisch veränderte Pflanzen untersucht. Geprüft wird auch, ob sich weitere gentechnisch veränderte Pflanzen, die in der EU nicht zugelassen sind, in Lebensmitteln nachweisen lassen. Es wurden in den letzten Jahren systematisch Reis und Reisprodukte aus den USA und Asien untersucht, nachdem man bei Kontrollen sehr geringe Spuren von nicht zugelassenen GVO gefunden hatte. Die betroffenen Lebensmittel wurden aus dem Handel genommen.

Im Landeslabor Berlin-Brandenburg wurden im Jahr 2008 zirka 340 Lebensmittelproben auf gentechnische Veränderungen untersucht, wobei in etwa fünf Prozent der Proben derartige gentechnische Veränderungen festgestellt wurden. Die Gehalte lagen fast ausschließlich unter dem Schwellenwert von 0,9 Prozent. Zwei Reisnudelproben aus China mussten beanstandet werden, da in ihnen nicht zugelassener BT63-Reis gefunden wurde.

**TIPP:**

**Weitere Informationen zur Kontrolle der Gentechnik-Kennzeichnung und möglichen Beanstandungen finden Sie auf der Internet-Seite des Landeslabors Berlin-Brandenburg unter der Adresse: [www.landeslabor.berlin-brandenburg.de](http://www.landeslabor.berlin-brandenburg.de).**

Problematisch ist, dass sich nicht in jedem Fall am Endprodukt überprüfen lässt, ob ein Lebensmittel kennzeichnungspflichtig ist oder nicht. Denn auch nicht nachweisbare Anwendungen – etwa Öl aus gentechnisch veränderten Sojabohnen – können unter die Kennzeichnungspflicht fallen. Hier kommt der „Rückverfolgbarkeit“ bei der Herstellung von Lebensmitteln und der Kontrolle der vorgelagerten Verarbeitungsstufen eine besondere Bedeutung zu.



## Kennzeichnung „ohne Gentechnik“



Mit der Angabe „ohne Gentechnik“ haben in Deutschland Anbieter von Lebensmitteln die Möglichkeit, besonders darauf hinzuweisen, dass ihre Produkte ohne Anwendung gentechnischer Verfahren hergestellt worden sind. Der Nachweis, den der Hersteller führen muss, erstreckt sich auf die gesamte Produktionskette bis zum Endprodukt. Lediglich bei tierischen Produkten sind bestimmte Ausnahmen vorgesehen.

Seit dem 1. Mai 2008 gelten in Deutschland die neuen Bestimmungen zur Kennzeichnung von Lebensmitteln, die ohne Gentechnik erzeugt wurden.

„Ohne Gentechnik“ heißt:

- Bestandteile aus gentechnisch veränderten Pflanzen sind nicht erlaubt.
- Lebensmittelzusatzstoffe, Vitamine, Aminosäuren, Aromen oder Enzyme, die mit Hilfe von gentechnisch veränderten Mikroorganismen hergestellt werden, dürfen nicht verwendet werden.

### TIPP:

**Wenn Sie nur Lebensmittel kaufen und essen möchten, die ohne Gentechnik erzeugt wurden, achten Sie auf die Kennzeichnung „Ohne Gentechnik“. Diese Lebensmittel enthalten keine gentechnisch veränderten Organismen oder daraus gewonnene Bestandteile.**

- Nachweisbare zufällige oder technisch unvermeidbare GVO-Beimischungen werden in Lebensmitteln nicht toleriert.
- Bei tierischen Lebensmitteln wie Fleisch, Milch oder Eiern bezieht sich „ohne Gentechnik“ ausschließlich auf die Vermeidung von gentechnisch veränderten Futterpflanzen. Der Einsatz von gentechnisch verändertem Soja oder gentechnisch verändertem Mais in Futtermischungen ist nicht erlaubt.

- Damit die jeweiligen Lebensmittel das „ohne Gentechnik“-Etikett tragen dürfen, müssen die Tiere jedoch nicht ihr ganzes Leben ohne gentechnisch veränderte Futterpflanzen gefüttert werden. Bei Schweinen ist in den letzten vier Monaten vor der Schlachtung auf genetisch veränderte Futterpflanzen zu verzichten, bei Milch produzierenden Tieren reichen die letzten drei Monate, bei Hühnern für die Eierzeugung die letzten sechs Wochen.
- Futtermittelzusatzstoffe (Vitamine, Aminosäuren, Enzyme), die von gentechnisch veränderten Mikroorganismen produziert werden, sind zulässig, soweit sie nicht als „gentechnisch verändert“ gekennzeichnet sind.
- Beimischungen von zugelassenen gentechnisch veränderten Pflanzen in den Futtermitteln sind nur dann erlaubt, wenn sie zufällig und technisch unvermeidbar sind und darüber hinaus unterhalb des Schwellenwertes von 0,9 Prozent bleiben.
- Die Anwendung von Tierarzneimitteln oder Impfstoffen aus gentechnischer Herstellung ist zulässig.

## 3.4 Berufe im gesundheitlichen Verbraucherschutz

Die Kontrolle der Qualität unserer Lebensmittel vom Feld oder vom Stall bis auf den Teller ist gesichert. Was verbirgt sich hinter dieser Aussage, wer kontrolliert wo und was?

Grundsätzlich gilt, dass der Hersteller und Inverkehrbringer von Futtermitteln und Lebensmitteln verantwortlich dafür ist, dass seine Produkte allen rechtlichen Anforderungen genügen. Um dies zu gewährleisten, ist er verpflichtet, durch betriebseigene Maßnahmen und Kontrollen laufend die Gewinnung, Produktion und das Inverkehrbringen seiner Waren zu überwachen. Unterstützung findet er dabei durch private Sachverständige und private Untersuchungseinrichtungen.

Unabhängig davon kontrolliert der Staat stichprobenweise, ob die gesetzlichen Anforderun-

gen eingehalten werden. In der Bundesrepublik Deutschland ist die amtliche Futtermittel- und Lebensmittelüberwachung Aufgabe der Länder.

In Brandenburg wurde diese Aufgabe den Landkreisen und kreisfreien Städten als Pflichtaufgabe übertragen. In allen 14 Landkreisen und den 4 kreisfreien Städten wurden deshalb kommunale Überwachungsämter gebildet, in denen die klassischen Aufgaben des Veterinärwesens, der Lebensmittelüberwachung und der Futtermittelüberwachung wahrgenommen werden. Teilbereiche der Futtermittelüberwachung werden zentral durch das Landesamt für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLF) durchgeführt.

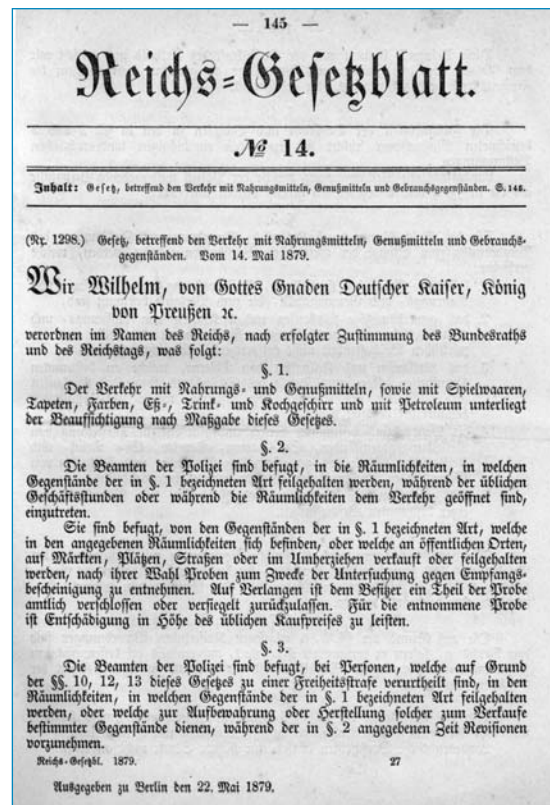
Für die unterschiedlichen Kontrollaufgaben im gesundheitlichen Verbraucherschutz werden entsprechend ausgebildete Berufsgruppen eingesetzt. Neben einer Grundausbildung sind für die Durchführung aller amtlichen Kontrollen weiterführende Ausbildungen bzw. Schulungen des zuständigen Personals erforderlich.

## Tierärzte

Tierärzte haben ein veterinärmedizinisches Studium an einer Universität absolviert. Sie sind auf Grund der historischen Entwicklung in Deutschland, und der immer größeren Notwendigkeit, auch andere Lebensmittel tierischer Herkunft zu überwachen, die am stärksten im Rahmen des gesundheitlichen Verbraucherschutzes vertretene akademisch ausgebildete Berufsgruppe.

Die Pflicht zur Schlachtvieh- und Fleischschau gibt es bereits seit Bekanntmachung des Reichskanzlers mit Reichsgesetz vom 8. Juni 1900.

Voraussetzung für den Einsatz von Tierärzten in der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist die Approbation als Tierarzt und eine weiterführende Spezialisierung als Fachtierarzt für Lebensmittelhygiene, Fleischhygiene oder Öffentliches Veterinärwesen. In der Verwaltungsbildung steht vor allem die Ausbil-



dung im Staats-, Verwaltungs- und Fachrecht im Vordergrund.

## Lebensmittelchemiker

Mit dem ersten Nahrungsmittelgesetz Deutschlands aus dem Jahr 1879, dem Lebensmittelgesetz von 1927, dem Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz von 1974 und schließlich dem Lebensmittel- und Futtermittelgesetzbuch von 2005 wurde die Ausbildung und Prüfung von Lebensmittelchemikern geregelt und stetig weiter entwickelt. Seit 1879 gab es das Staatsexamen mit erster und zweiter Staatsprüfung, später auch das Diplom in Lebensmittelchemie und seit 2008 den Master of Food Chemistry.

Voraussetzung für den Einsatz von Lebensmittelchemikern in der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist der Abschluss mit dem zweiten Staatsexamen. Dies befähigt den Lebensmittelchemiker zur fachlichen und rechtlichen Bewertung von Untersuchungsbefunden. Sein Haupteinsatzgebiet ist die Lebensmitteluntersuchung in den amtlichen Untersuchungseinrichtungen.





## Futtermittelkontrolleur

Das Berufsbild des Futtermittelkontrolleurs hat sich in den letzten Jahren rasant verändert und mit Einbeziehung der Futtermittelsicherheit als originären Bestandteil der Lebensmittelsicherheit seine Bedeutung als fester Bestandteil im Konzept „Kontrolle vom Feld bis auf den Teller“ im Rahmen des Verbraucherschutzes wesentlich erhöht.

Die Aufgaben des Futtermittelkontrolleurs widerspiegeln die Abkehr vom Vorrang der Wirtschaftlichkeits- und Leistungskriterien hin zum Konzept der Lebensmittelsicherheit. Auch hat sich die Zuordnung der Futtermittelkontrolle geändert: Bisher dem Agrarsektor zugehörig, ist diese nunmehr fester Bestandteil im Gesundheits- und Verbraucherschutz. Die Futtermittelproduzenten werden in die Verantwortung für die Lebensmittelsicherheit einbezogen und die Kontrollschwerpunkte ändern sich von der Deklarationskontrolle hin zur Verbraucherschutzkontrolle mit dem Schwerpunkt des vorbeugenden Gesundheitsschutzes von Mensch und Tier.

Dieser Aufgabenzuwachs machte eine deutliche Erhöhung der fachlichen Anforderungen an die in der Futtermittelüberwachung tätigen Kontrolleure erforderlich. Mit der Futtermittelkontrolleur-Verordnung vom März 2003 wurde den gestiegenen Herausforderungen Rechnung getragen.



Voraussetzung für die Arbeit von Futtermittelkontrolleuren in der amtlichen Futtermittelüberwachung ist der Abschluss eines Hochschulstudiums im Bereich der Agrarwirtschaft, Ernährungswissenschaft, Veterinärmedizin oder Lebensmittelchemie oder eines Berufes, der Kenntnisse und Fertigkeiten auf dem Gebiet der Herstellung von Erzeugnissen im Sinne des Futtermittelgesetzes verlangt. Außerdem ist eine erfolgreich abgelegte Fortbildungsprüfung auf Grund des Berufsbildungsgesetzes oder der Handwerksordnung und eine daran anschließende mindestens dreijährige leitende Tätigkeit in einem Betrieb der Futtermittelwirtschaft oder als Techniker eines gleichwertigen Bildungsgangs der Agrarwirtschaft erforderlich. In allen Fällen ist zwingend ein zusätzlicher Lehrgang von sechs Monaten mit anschließender praktischer und theoretischer Prüfung zu absolvieren.

## Lebensmittelkontrolleur

Lebensmittelkontrolleur als Berufsbezeichnung – dieses Wort ist Synonym für die Lebensmittelüberwachung insgesamt geworden. Zwar werden als Lebensmittelkontrolleure im weiteren Sinne oft alle Berufsgruppen subsumiert, die in der Lebensmittelüberwachung tätig sind, im engeren Sinne ist der Begriff in Deutschland allerdings auf den Kontrolleur im Sinne der Lebensmittelkontrolleur-Verordnung beschränkt. Das war nicht immer so. Bis Mitte des vorigen Jahrhunderts war die Lebensmittelkontrolle Aufgabe der Polizei. Mit Gründung der Bundesrepublik wurde diese Aufgabe den Kommunen übertragen, in der DDR den staatlichen Einrichtungen der Kreishygieneinspektion für den Bereich der Lebensmittel nichttierischer Herkunft und den Veterinärhygieneinspektionen für den Bereich der Lebensmittel tierischer Herkunft. Im 1974 erlassenen Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz wurde erstmals der nicht wissenschaftlich ausgebildete Kontrolleur erwähnt und in der 1977 in Kraft getretenen Lebensmittelkontrolleur-Verordnung wurde dessen Anforderungs- und Aufgabenprofil festgelegt.

Die ständig wachsenden Anforderungen an die amtliche Lebensmittelüberwachung macht es erforderlich, die Eingangsvoraussetzungen, die



Ausbildungsinhalte und Lehrgangsdauer anzupassen.

Voraussetzung für den Einsatz von Lebensmittelkontrolleuren in der amtlichen Lebensmittelüberwachung ist der Nachweis eines zweijährigen Lehrgangs mit anschließend bestandener Prüfung. Dieser Lehrgang setzt sich aus sechs Monaten mit theoretischem Unterricht und 18 Monaten praktischer Unterweisung in einem Lebensmittelüberwachungsamt zusammen. Die Voraussetzungen für die Zulassung zum Lehrgang erfüllt, wer in einem Beruf mit Kenntnissen und Fertigkeiten auf dem Gebiet des Verkehrs mit Erzeugnissen im Sinne des Lebensmittel- und Futtermittel-Gesetzbuches eine Fortbildungsprüfung auf Grund des Berufsbildungsgesetzes oder der Handwerksordnung bzw. als Techniker mit staatlicher Abschlussprüfung in einem Lebensmittelberuf bestanden hat.

### **Amtlicher Fachassistent**

Unter dem Begriff des amtlichen Fachassistenten versteht man die früher als Fleischkontrolleur bzw. Geflügelfleischkontrolleur bezeichneten und nicht tierärztlich ausgebildeten Personen, die im Bereich der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung eingesetzt wurden.

In dem seit 2006 unmittelbar in allen Mitgliedstaaten der EU geltenden Lebensmittel-Hygienerecht ist der amtliche Fachassistent definiert als eine Person, die im Sinne dieses Hygienerechts qualifiziert ist und unter Aufsicht und Verantwortung eines amtlichen Tierarztes arbeitet.

Die Voraussetzung für den Einsatz von amtlichen Fachassistenten in der Schlacht tier- und Fleischuntersuchung ist die erfolgreiche theoretische Schulung von mindestens 500 Stun-

den und eine mindestens 400 Stunden umfassende praktische Schulung. Die umfassenden Schulungsinhalte sind im EU-Recht definiert und vorgeschrieben.

### **3.5 Arbeit eines Lebensmittelkontrolleurs**

Von der Produktion bis zur Abgabe an den Verbraucher müssen Lebensmittel, Tabakerzeugnisse, kosmetische Artikel und sonstige Bedarfsgegenstände von qualifizierten Personen geprüft und überwacht werden. Dementsprechend vielfältig sind die Aufgaben eines Lebensmittelkontrolleurs.

Grundlage seiner Arbeit sind die von der EU erlassenen Rahmen-Verordnungen, die vom Bund und den Bundesländern ausgefüllt und angepasst werden. Sie dienen dem Schutz der menschlichen Gesundheit, des Wohlbefindens und sichern einen fairen Wettbewerb der Anbieter von Produkten. Verbraucher wollen beim Erwerb von Produkten nicht getäuscht werden, erwarten eine richtige Kennzeichnung und möchten, dass Herstellung und Verkauf der Produkte in einer sauberen Umgebung erfolgen. Durch die Kontrollen soll auch sichergestellt werden, dass die Bestimmungen zu Rückständen und Umweltkontaminanten, Zusatzstoffen oder Stoffen mit pharmakologischer Wirkung eingehalten werden. Besonderes Augenmerk gilt den neuartigen Lebensmitteln.

#### **Neuartige Lebensmittel**

Neuartige Lebensmittel, auch „Novel Foods“ bezeichnet, sind Lebensmittel und Lebensmittelzutaten, die bisher vom Mensch in nicht nennenswerten Umfang konsumiert wurden und einer der folgenden Kategorien zuzuordnen sind Lebensmittel und Lebensmittelzutaten

- mit neuer oder gezielt modifizierter primärer Molekularstruktur (z. B. Fettersatzstoffe),
- die aus Mikroorganismen, Pilzen oder Algen bestehen oder aus diesen isoliert werden (z. B. Öl aus Mikroalgen),



#### **TIPP:**

Wenn Sie sich für eine berufliche Entwicklung im Bereich der Lebens- und Futtermittelsicherheit interessieren, wenden Sie sich bitte an das Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Verbraucherschutz. Die Adresse finden Sie im Kapitel 5.

- die aus Pflanzen bestehen oder isoliert worden sind (z. B. Phytosterole), und aus Tieren isolierte Lebensmittelzutaten,
- bei deren Herstellung ein nicht übliches Verfahren angewandt worden ist, wenn das Verfahren eine bedeutende Veränderung der Zusammensetzung oder Struktur bewirkt hat, die sich auf den Nährwert, den Stoffwechsel oder auf die Menge unerwünschter Stoffe im Lebensmittel auswirkt (z. B. enzymatische Konversionsverfahren).

Umfangreiche Bestimmungen und Normen prägen die Arbeit des LMK. Andererseits muss er sich auf die realen Bedingungen der Anbieter und Produzenten einstellen und steht ihnen auch als Berater zur Verfügung.

#### Der Lebensmittelkontrolleur

- stuft die Betriebe in Risikokategorien ein und überprüft sie regelmäßig. Dabei sind Bau- und Einrichtungssubstanz, Arbeitsabläufe, Betriebs- und Personalhygiene, Schädlingsvorsorge, Qualität, betriebseigene Maßnahmen und Kontrollen sowie Etikettierung und Kenntlichmachung entscheidender Prüfkriterien die wesentlichen Inhalte. Bei den Inspektionen werden beispielsweise Liefernachweise, Temperaturaufzeichnungen, Hygieneschulungsnachweise sowie Getränke- und Speisekarten eingesehen und ausgewertet.
- nimmt Proben (Plan-, Beschwerde- und Verdachtsproben), wertet die Untersuchungsergebnisse aus, geht den Ursachen von Beanstandungen nach und veranlasst erforderlichenfalls die Behebung der Ursachen. Sind Produkte gesundheitsgefährdend, verdorben oder sonst nicht verkehrsfähig, trifft der Lebensmittelkontrolleur die erforderlichen Maßnahmen und setzt sie durch.
- berät die verantwortlichen Unternehmer sowie die Mitarbeiter hinsichtlich der Vermeidung oder Beseitigung von Mängeln und belehrt sie über die zum Schutz der Verbraucher bestehenden Vorschriften. Bereits im Vorfeld nimmt er Stellung zu Bauvorha-



ben und berät in allen Fragen, die seinen Aufgabenbereich betreffen.

- geht Beschwerden von Verbrauchern nach. Werden erhebliche Mängel festgestellt, stellt er erforderlichenfalls die Produkte sicher. Es werden Ordnungsverfügungen zur Mängelbeseitigung erlassen und/oder der Betrieb bzw. Teile davon vorübergehend untersagt.

#### Risikokategorien der Betriebe

Jeder Betrieb wird in eine Risikokategorie eingestuft. So erhält beispielsweise ein Fleisch verarbeitender Betrieb aufgrund des höheren Risikos für die Lebensmittelsicherheit eine andere Grundeinstufung als ein Getränkegroßhändler. Innerhalb einer Risikokategorie wird dann nach betriebspezifischen Gegebenheiten differenziert. Ein hygienisch vorbildlich arbeitender Fleischbetrieb wird anders eingestuft als ein Problembetrieb. Jeder zu überwachende Betrieb wird also in eine Risikoklasse eingruppiert, der eine definierte Kontrollhäufigkeit zugeordnet ist. Die Kontrollfrequenz steigt somit mit dem Produktrisiko einerseits und mit subjektiven Mängeln im Unternehmen andererseits.

Ergibt sich bei den Kontrollen ein Anfangsverdacht für eine Straftat, ermittelt der Lebensmittelkontrolleur im Rahmen der zu erstattenden Strafanzeige. Zudem ermittelt er zu Ordnungswidrigkeiten und sichert Beweise für Verwaltungs- und Ordnungswidrigkeiten- sowie Strafverfahren.

Der Lebensmittelkontrolleur setzt die zum Schutz der Verbraucher bestehenden Vorschriften als Fachberater und erforderlichenfalls auch als Vollzugsbeamter durch.

## 4 Produktkontrolle

### 4.1 Düngemittel für den Garten

Düngemittel sind aus der heutigen Zeit nicht mehr wegzudenken. Egal, ob sie industriell und großflächig zum Einsatz kommen oder im Garten angewendet werden, es gilt: Der Einsatz von Düngemitteln muss Schutz vor gesundheitlichen Beeinträchtigungen gewährleisten und Belastungen für die Umwelt auf ein Minimum reduzieren.

#### Düngemittel und deren Anwendung

Düngemittel sind Stoffe, die den Nutzpflanzen Nährstoffe zuführen, ihr Wachstum fördern, ihren Ertrag erhöhen oder ihre Qualität verbessern. Die Bodenfruchtbarkeit soll erhalten oder verbessert werden, ohne dadurch eine Gefahr oder Beeinträchtigung für den Menschen und die Umwelt herbeizuführen.

##### **Bodenfruchtbarkeit**

Bodenfruchtbarkeit ist ein komplexer Ausdruck für alle das Pflanzenwachstum beeinflussenden Bodeneigenschaften und Prozesse.

Deshalb dürfen Düngemittel nur in den Verkehr gebracht werden, wenn sie einem zugelassenen Düngemitteltyp entsprechen. Sie dürfen nur die Stoffe beinhalten, die ihrer Zulassung zugrunde liegen. Zur Wachstumsförderung der Pflanzen müssen sie zu den vorgesehenen Zeiten in den Boden eingebracht werden. Danach sind Aufbringungszeitpunkt und Menge der anzuwendenden Düngemittel dem Wachstum der Pflanzen, aber auch den Standortbedingungen, anzupassen.

#### **TIPP:**

**Düngen Sie nur während der Wachstumsperiode auf feuchtem Boden oder wässern ihn anschließend gut.**

Weiterhin müssen Düngemittel ausreichend gekennzeichnet sein, Hinweise zum Düngemittel-



typ sowie den verfügbaren Nährstoffen enthalten und insbesondere auch sachgerecht angewendet werden. Die Anwendung betrifft auch den privaten Verbraucher von Düngemitteln für seinen Garten.

#### Düngemittel – Sicherheit und Überwachung

Die Einhaltung der Bestimmungen zur Herstellung, Kennzeichnung und Deklaration – und damit der Sicherheit der Düngemittel insgesamt – liegt bei den Produzenten. Auch Händler, die Düngemittel verkaufen, haben Pflichten zu erfüllen. Durch die Überwachungsbehörde werden Hersteller und Händler durch Betriebsbegehungen und Buchprüfungen, Probenahmen von Düngemitteln und Analyse der Proben in einem dafür akkreditierten Labor überprüft. Die Kontrollen in Berlin und Brandenburg übernehmen die Saatgutkontrolleure des Landesamtes für Verbraucherschutz, Landwirtschaft und Flurneuordnung (LVLf) an Hand eines jährlich festgelegten Überwachungsplanes. Sie dienen einerseits dem Schutz der Umwelt, sind andererseits auf den Schutz der menschlichen Gesundheit ausgerichtet und sollen den Verbraucher zusätzlich vor Täuschung durch falsch deklarierte Produkte schützen.

Die Lagerung, Verpackung, Kennzeichnung und der angegebene Düngemitteltyp werden vor Ort kontrolliert. Die Analytik der gekennzeichneten Bestandteile und mikrobiologische Untersuchungen der organischen Düngemittel werden vom Landeslabor Berlin-Brandenburg durchgeführt, das technisch sehr gut



ausgerüstet ist und über hoch qualifiziertes Personal verfügt.

**TIPP:**

**Beachten Sie unbedingt die Hinweise zur sachgerechten Anwendung, Aufbringung und Lagerung von Düngemitteln.**

Während der Schwerpunkt der Düngemittelkontrolle in den zurückliegenden Jahren in der Überprüfung der Zusammensetzung mineralischer Düngemittel in den Agro-Service-Unternehmen lag, wurden 2008 in den Bau- und Gartencentern in Berlin und Brandenburg überwiegend Proben von Mehrstoffdüngern (Mineraldünger) entnommen. Parallel dazu erfolgte die amtliche Probenahme organischer Düngemittel. Die detaillierten Ergebnisse der Kontrolluntersuchungen können im Herbst 2009 dem Bericht des LVLF entnommen werden.

In den letzten Jahren wurden im Rahmen der amtlichen Düngemittelverkehrskontrolle keine absichtlichen Verstöße durch Hersteller und Händler von Düngemitteln beim Inverkehrbringen mineralischer Düngemittel festgestellt.

**Mineralische Dünger**

Mineralische Dünger sind Düngemittel, in denen die deklarierten Nährstoffe in Form von Mineralien enthalten sind.  
(z. B. Blaukorn)

Hinweisen zur ordnungsgemäßen Kennzeichnung kamen die Händler in der Regel umgehend nach. Bei Hornspänen wurde lediglich 2007 eine mit Salmonellen belastete Probe festgestellt. Dieses Produkt wurde umgehend aus dem Sortiment entfernt.

**TIPP:**

**Beim Umgang mit Hornspänen sollten Sie besonders sorgfältig sein, weil dieses organische Düngemittel überwiegend aus Horn- und Klauenresten besteht und deshalb mit Salmonellen behaftet sein kann. Arbeiten Sie den Dünger umgehend in den Boden ein und vermeiden Sie den direkten Kontakt.**

**Organische Dünger**

Organische Dünger sind gekennzeichnet durch die enthaltene organische Substanz und eine Vielzahl von Nährstoffen, die für das Pflanzenwachstum notwendig sind.  
(z. B.: Gülle, Jauche, Hornspäne, Mist)

**Düngemittel und täuschend ähnliche Produkte**

Nicht alle Produkte, die in Bau- und Gartencentern oft in der Nähe handelsüblicher Düngemittel angeboten werden, sind Düngemittel. Es gibt außerdem sogenannte Pflanzenhilfsmittel wie Blattglanz, Kultursubstrate wie Blähton und Pflanzenstärkungsmittel wie Frischhaltungsmittel für Schnittblumen.

**TIPP:**

**Achten Sie beim Kauf von Düngemitteln bitte darauf, dass die Verpackung in deutscher Sprache und gut lesbar gekennzeichnet, der Hersteller und Gewicht der Verpackung zu entnehmen, der Düngemitteltyp und die Nährstoffgehalte angegeben sind.**

**4.2 Energieeffiziente Haushaltsgeräte**

Haushaltsgeräte, wie Kühlschrank, Backofen, Spül- und Waschmaschine verbrauchen einen beträchtlichen Teil der Energie in privaten Haushalten. Mit einer Senkung des Energieverbrauchs dieser Geräte können bedeutende Einsparungen erzielt werden – zum Vorteil für das Klima und die Haushaltskasse. Diese Ein-





sparpotenziale setzen zum einen attraktive Angebote an effizienten Haushaltsgeräten voraus. Zum anderen müssen die Verbraucher die Möglichkeit haben, sich vor dem Kauf oder der Miete – objektiv, vergleichbar und leicht zugänglich – über die Verbrauchseigenschaften der Geräte zu informieren.

Neben dem Anschaffungspreis sollte man auf jeden Fall auch den Energieverbrauch und damit die Betriebskosten über die gesamte Lebensdauer eines Geräts mit in die Kaufentscheidung einbeziehen. Ein vermeintliches Sparangebot kann sich über die Jahre schnell zu einem Kostenproblem entwickeln. Vor allem, wenn man in Betracht zieht, dass die Energiepreise – auch trotz momentaner Erholung – weiter steigen können. Auch der Wasserverbrauch ist bei Geschirrspülern, Waschmaschinen und Wäschetrocknern ein wichtiger Faktor für die jährlichen Gesamtkosten. Vielfach werden die Geräuschemissionen unterschätzt. Bereits ein Unterschied von 3 dB ist wahrnehmbar. So hat z. B. ein Kühlschrank eine Geräuschemission von 50 dB(A), ein Gespräch 75 dB(A), ein Presslufthammer 120 dB(A) und eine Alarmsirene 150 dB(A).

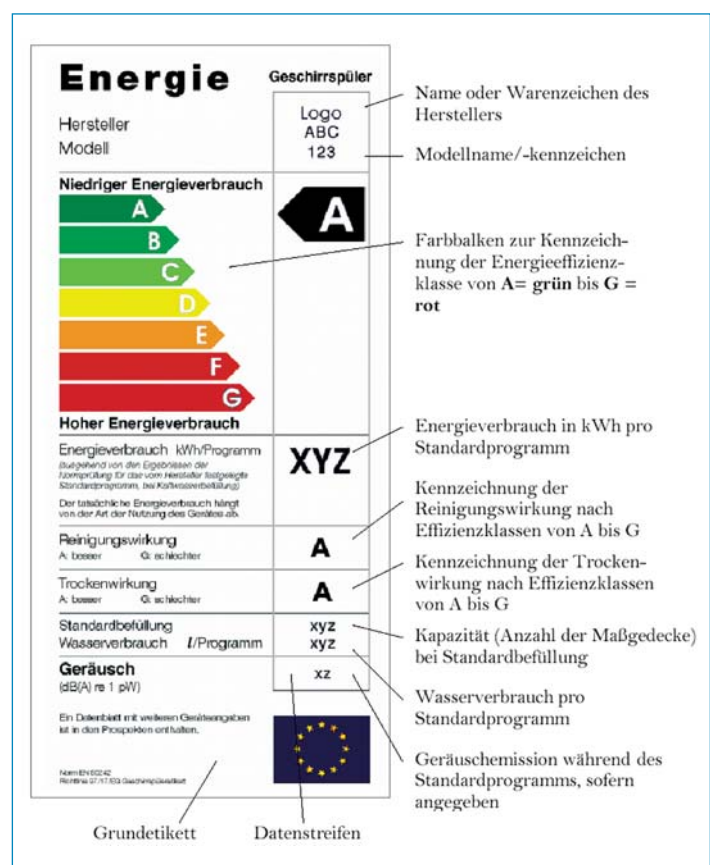
### Geräuschemission

Das menschliche Ohr nimmt die durch Schallwellen verursachten Schwankungen des Luftdruckes als Geräusch wahr. Als handhabbare Maßeinheit wurde der Schalldruckpegel mit der Maßeinheit Dezibel (dB) definiert. Alltägliche Schalldrücke lassen sich so im Bereich zwischen 0 dB und etwas 130 dB beschreiben. Da das menschliche Ohr für die Wahrnehmung verschieden hoher oder tiefer Töne unterschiedlich empfindlich ist, hat man so genannte „bewertete Schalldruckpegel“ eingeführt, die diese Eigenschaft berücksichtigen und die Maßeinheit dB(A) tragen.

Kunden, die durch ein geschärftes Bewusstsein kompetent Einkaufsentscheidungen treffen, können wiederum die Nachfrage nach solchen Geräten verstärken und so aktiv zu deren Entwicklung, Produktion und Vermarktung beitragen.

Um den Kunden die nötigen Entscheidungsgrundlagen zu geben und durch vergleichbare Angebote europaweit gleiche Wettbewerbsbedingungen zu schaffen, hat die EU einheitliche Vorgaben erlassen. Diese sind im Energieverbrauchskennzeichnungsgesetz in Deutschland umgesetzt worden. Bei Haushaltsgeräten müssen danach durch Hersteller und Handel bestimmte Daten über den Verbrauch an Energie und Wasser sowie die Geräuschemissionen angegeben sein. Verstöße gegen diese Kennzeichnungspflicht stellen eine Ordnungswidrigkeit dar und können mit einer Geldbuße geahndet werden.

Ein einheitliches Energieverbrauchsetikett – auch EU-Label, EU-Energie-Label, Gerätelabel, Energiesparlabel oder Energieetikett genannt – dient zur Bereitstellung der nötigen Informationen (siehe Abbildung). Jedes in Verkaufsräumen ausgestellt bzw. über den Versand- oder Internethandel angebotene Gerät muss mit dem jeweiligen Etikett ausgezeichnet werden. Es gibt Auskunft darüber, wie effizient ein



Etikett für Geschirrspülmaschinen

Quelle: [www.eu-label.de](http://www.eu-label.de)



Gerät im Vergleich mit den Besten seiner Klasse arbeitet. Zurzeit unterliegen folgende Geräte der Kennzeichnungspflicht:

- Kühl- und Gefrier- sowie entsprechende Kombinationsgeräte,
- Waschmaschinen, Wäschetrockner und Kombinationsgeräte,
- Geschirrspüler,
- bestimmte Haushalts- und Haushaltsleuchtstofflampen,
- netzbetriebene Elektrobacköfen,
- mobile Klimageräte und
- netzbetriebene Raumklimageräte.

Nicht jedes Gerät, das die Klassifizierung „A“ besitzt, ist ein Spitzenprodukt, da es innerhalb dieser Kategorie große Unterschiede geben kann und auch der technische Fortschritt zu einer stärkeren Differenzierung der Verbrauchseigenschaften beiträgt. So erfüllt diese Klassifizierung heutige Ansprüche in einigen Produktbranchen nicht mehr. Beispielsweise ist für die besten Kühl- und Gefriergeräte bereits die Einführung der Klasse „A++“ nötig geworden. Aber auch diese Skala verliert mehr und mehr an Aussagekraft, da die Geräte immer besser werden und nur noch ein kleiner Teil von ihnen unterhalb der Stufe „A“ angeboten wird, Kühlschränke ab Klasse C abwärts sind inzwischen kaum noch auf dem Markt. Die EU bereitet aus diesem Grunde bereits aktualisierte Verordnungen für die Energieverbrauchskennzeich-

nung verschiedener Gerätearten vor, um die Vergleichbarkeit innerhalb der Energieeffizienzklasse A zu verbessern. Danach sollen die bisherigen Zusätze „A+“ und „A++“ künftig entfallen. Die Skala für besonders energiesparende Geräte wird stattdessen um die Kennzeichnung „A-10 %“ bis „A-80 %“ ergänzt werden. Ein Gerät mit der Klassifizierung „A-20 %“ hat demnach einen um ein fünftel geringeren Energieverbrauch, als ein vergleichbares „A“-Gerät. Voraussichtlich ab 1. Januar 2011 soll das neue EU-Label zunächst für Kühl- und Gefriergeräte sowie für Waschmaschinen verbindlich werden.

### 4.3 Kraftstoffqualitäten auf dem Prüfstand



In der Annahme, der Kraftstoff ist überall der gleiche, werden in Zeiten steigender Kraftstoffpreise die aktuellen Angaben an den Tankstellen genau verfolgt, um den richtigen Moment zum Tanken abzapfen zu können. Das stimmt nicht immer.

Derzeit dürfen in Deutschland an öffentlichen Tankstellen folgende genormte Kraftstoffe verkauft werden: Ottokraftstoffe, Dieselmotorkraftstoffe, Biodiesel, Pflanzenölkraftstoff, Ethanolkraftstoff (E85), Flüssiggaskraftstoff (Autogas/LPG), Erdgas (CNG) und Biogas.

#### TIPP:

Wenn Sie die Anschaffung eines neuen Haushaltsgerätes planen, sollten Sie sich über das aktuelle Angebot der so genannten „top-runner“, also der jeweils besten Geräte in ihrer Klasse informieren.

Informationen finden sie beispielsweise im Internet unter: [www.ecotopen.de](http://www.ecotopen.de) oder [www.energiesparende-geraete.de](http://www.energiesparende-geraete.de).

Die Deutsche Energie-Agentur (dena) ist seit 2002 nationale Informations- und Koordinationsstelle für die Umsetzung der Energieverbrauchskennzeichnung in Deutschland.

Die Kraftstoffqualitäten sind genormt und in der 10. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz gesetzlich geregelt (10. BImSchV – Verordnung über die Beschaffenheit und Auszeichnung von Kraftstoffen). Mit der letzten Fassung dieser Verordnung vom 1. Februar 2009, wurden neben der Einführung neuer Kraftstoffe wie Pflanzenölkraftstoff oder Ethanolkraftstoff auch Änderungen bei den gängigen Marken wirksam: So gibt es z. B. Diesel nunmehr in zwei Qualitäten. Der Unterschied des neuen Diesels B7 zur herkömmlichen Sorte B5 liegt in einem höheren Gehalt an Biodiesel, der bis zu sieben Prozent betragen kann. Das kann bei Nichteinhaltung der Ölwechselintervalle motortechnische Probleme verursachen, wie das BMU in einem Merkblatt ausführt.

**TIPP:**

**Das Merkblatt „Mehr Bio im Diesel – Worauf Sie achten müssen“ können Sie kostenlos beim des Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit bestellen bzw. auch direkt von dessen Internetseite [www.bmu.de/](http://www.bmu.de/) herunterladen.**

Für den Vollzug der 10. BImSchV ist in Brandenburg das Landesumweltamt zuständig, das regelmäßige Überwachungsaktionen durchführt. Dabei werden an einigen Tankstellen Stichproben verschiedener Kraftstoffsorten entnommen und von einem unabhängigen akkreditierten Labor untersucht. Die Aktionen laufen jährlich, bei Bedarf auch öfter. Die Ergebnisse der Qualitätsüberwachung werden für Otto- und Dieselmotorkraftstoffe europaweit erfasst und ausgewertet (EU Fuel Quality Monitoring).

Aktuelle Ergebnisse gibt es im Land Brandenburg für die Winterware 2008/2009. Die Beprobung zeigte, dass es durchaus Schwankungen in der Qualität der angebotenen Kraftstoffe gibt. An 33 Tankstellen und einem Tanklager wurden insgesamt 53 Kraftstoffproben entnommen. Überprüft wurden die Ottokraftstoffe Normal, Super und Super Plus sowie Diesel, Biodiesel und Flüssiggas.

Während die mineralischen Kraftstoffe mit einer Fehlerquote unter zehn Prozent den Trend der

letzten Jahre fortsetzten, fiel der Biodiesel mit einem extrem schlechten Ergebnis auf.

**Mineralische Kraftstoffe**

Mineralische Kraftstoffe werden aus Mineralöl, einem fossilen Rohstoff, hergestellt. Dazu gehören Benzin, Diesel, aber auch Erdgas.

Die Abweichungen bei den Ottokraftstoffen traten ausschließlich bei Super Plus (Dampfdruck und Siedeverhalten) auf. Normalbenzin und Super waren durchweg gut.

Beim Diesel gab es einen Ausreißer, weil zu viel Biodiesel im Diesel nachgewiesen wurde. Das zum ersten Mal in Brandenburg überprüfte Autogas entsprach durchgängig der Norm. Sämtliche überprüfte Ottokraftstoffe und der Diesel waren „schwefelfrei“, d. h. der Schwefelgehalt lag unter 10 mg/kg. Dieser Wert ist seit dem 1. Januar 2009 bindend.

Der mit Abstand qualitativ schlechteste Kraftstoff ist wie in den Vorjahren Biodiesel. Der Biokraftstoff kämpft seit seiner Markteinführung mit Qualitätsproblemen, die insbesondere im Bereich der Oxydationsstabilität (Haltbarkeit) und (im Winter) beim Kälteverhalten liegen. An fast drei Vierteln aller beprobten Biodieseltankstellen wurde aufgrund der Normverstöße der weitere Verkauf untersagt.

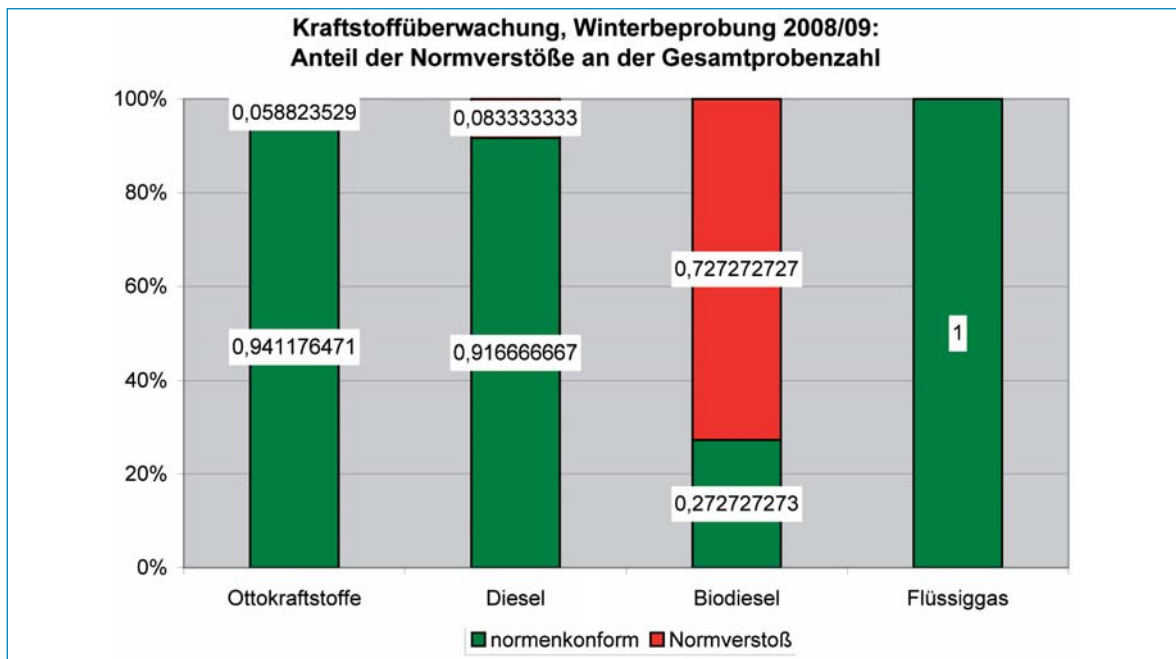
**Biokraftstoffe**

Biokraftstoffe z. B. Biodiesel, Pflanzenölkraftstoff, Bioethanol werden auf der Basis von Biomasse, also aus pflanzlichen Rohstoffen erzeugt.

Ein Viertel der Proben wies eine zu niedrige Oxydationsstabilität auf. Das kann zu Ablagerungen an der Einspritzpumpe und damit zu Motorschäden führen. Beim Mischen mit Diesel droht der Versatz des Filters.

Noch problematischer war das Kälteverhalten des Biodiesels. Der Normwert für die Filtrierbarkeit des Kraftstoffes bei niedrigen Temperaturen soll verhindern, dass die Fahrzeuge im Winter liegen bleiben. Diesel muss auch bei Temperaturen bis zu minus 17 °C noch flüssig





genug sein, was über den Zusatz von Additiven erreicht wird. Der beprobte Biodiesel war in der Mehrzahl der Proben nicht genügend additiviert, um diesem Anspruch zu genügen. Einzelne Biodieselpuben waren nur bis minus 3 °C noch flüssig, während der mineralische Diesel Temperaturen bis minus 20 °C, zum Teil sogar minus 26 °C bewältigen konnte.

Aufgrund dieses Ergebnisses wird Biodiesel ein Schwerpunkt der Überwachungsaktionen bleiben.

#### 4.4 Gefährliche Stoffe unter Beobachtung

Meldungen über Unfälle mit selbst gebastelten Sprengkörpern häufen sich in den letzten Jahren. Für den Bau von Sprengkörpern werden bestimmte Ausgangsstoffe benötigt. Woher beziehen die „Bastler“ ihr Material?



Behördliche Ermittlungen ergaben, dass solche Chemikalien häufig über das Internet gekauft werden. Dies nahm ein gemeinsamer Ausschuss von Bund und Ländern zur Chemikaliensicherheit zum Anlass, in der bundesweiten Arbeitsgruppe „Internetüberwachung“ den neuen Schwerpunkt „Sprengstoffgrundstoffe“ aufzunehmen. Die Koordinierung erfolgt durch Bayern. Es werden systematisch Angebote von Internet-Auktionshäusern und anderen Internet-Händlern durchforstet.

#### Internet-Auktionshäuser

Durch Auktionshäuser wurde das Internet zum größten Online-Marktplatz der Welt. In Online-Auktionshäusern wird die Ware vom Verkäufer subjektiv beschrieben und präsentiert. Meist werden Mindestpreis und ein bestimmter Zeitrahmen festgelegt, in dem Gebote abgegeben werden können. Für die Versteigerung eines Artikels kann ein Auktionszeitraum von wenigen Tagen bis hin zu einigen Wochen eingeräumt werden. Die Zahlung erfolgt dann direkt vom Käufer an den Verkäufer.

Das Augenmerk liegt dabei auf Chemikalien, die zur Sprengkörperherstellung genutzt werden können, aber auch auf asbesthaltigen Produkten und anderen gefährlichen (Bau-)Stoffen.

Inzwischen hat sich eine gute Zusammenarbeit mit den Internetauktionshäusern entwickelt, beanstandete Angebote werden in der Regel sofort aus dem Portal genommen, die Daten des Anbieters übermittelt. Darüber hinaus haben Auktionshäuser Informationen zu diesen problematischen Produkten eingestellt, die automatisch beim Auftauchen bestimmter Stichwörter erscheinen. So kann sich ein Verkäufer sofort informieren, wenn sein Angebot gegen geltendes Recht verstößt.

Stellt er sein Angebot trotzdem ein und es wird gefunden, geht die Information an die für den Verkäufer regional zuständige Behörde.

Meist reicht es aus, den Verkäufer auf seinen Verstoß aufmerksam zu machen.

Es gibt aber auch strafrechtlich relevante Fälle, die beim Staatsanwalt enden.

**TIPP:**

**Bitte beachten Sie die durch viele Internet-Auktionshändler inzwischen angebotenen Informationen zu problematischen Produkten. Diese erscheinen automatisch beim Auftauchen bestimmter Stichwörter auf den entsprechenden Webseiten.**

Deutschlandweit gab es im Jahr 2007 insgesamt 580 und 2008 insgesamt 700 Beanstandungen, denen nachgegangen wurde. Allein in Brandenburg konnten auf diese Weise in den letzten drei Jahren 39 Verkäufe verbotener Waren verhindert werden.

Die Beliebtheit des Internethandels bedeutet auch immer umfangreichere Beobachtung durch die zuständigen Behörden: Im Interesse und zum Schutz des Verbrauchers.



## 5 Informationen

### 5.1 Verbraucherzentrale Brandenburg e. V.



#### Beratungsstellen:

Das landesweite Termintelefon 01805 / 00 40 49 bietet von Montag bis Freitag von 9 bis 16 Uhr die Möglichkeit, einen ersten Kontakt zu knüpfen (14 ct/min aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend). So kann jedes Anliegen zu den zuständigen Fachleuten der Verbraucherzentrale weitergeleitet und ein persönliches Gespräch oder eine telefonische Beratung vorbereitet werden.

#### **Bernau**

Rudolf-Breitscheid-Straße 43 A / Kulturhof,  
Seniorenraum  
16321 Bernau

#### **Brandenburg an der Havel**

Kurstraße 7  
14776 Brandenburg an der Havel

#### **Cottbus**

Am Turm 14  
03046 Cottbus

#### **Eberswalde**

Heegermühler Straße 2  
(ehemaliges Funktionsgebäude am alten Bus-  
bahnhof)  
16225 Eberswalde

#### **Eisenhüttenstadt** (Energiesparberatung)

Straße der Republik 35 (beim Mieterverein)  
15890 Eisenhüttenstadt

#### **Elsterwerda** (Energiesparberatung)

Rathaus in der Hauptstraße  
04910 Elsterwerda

#### **Erkner** (Energiesparberatung)

Am Kurpark 15  
15537 Erkner

#### **Falkensee**

Am Gutspark (Stadthalle)  
14612 Falkensee

#### **Finsterwalde**

Langer Damm 41  
03238 Finsterwalde

#### **Frankfurt (Oder)**

Karl-Marx-Straße 8  
15230 Frankfurt (Oder)

#### **Kyritz** (Energiesparberatung)

Perleberger Straße 10,  
Mehrgenerationenhaus  
16866 Kyritz

#### **Königs Wusterhausen**

Bahnhofstraße 3  
15711 Königs Wusterhausen

#### **Luckenwalde**

Markt 12  
14943 Luckenwalde

#### **Lübben**

Ernst-v.-Houvald-Damm 14 (Schloß)  
15901 Lübben

#### **Neuruppin** (Energiesparberatung)

Otto-Grotewohl-Straße 1A  
16816 Neuruppin

#### **Oranienburg**

Albert-Buchmann-Straße 17  
(Bürgerzentrum Mittelstadt)  
16515 Oranienburg

#### **Perleberg**

Bäckerstraße 21  
(Eingang Pritzwalker Straße)  
19348 Perleberg



**Potsdam**

Lange Brücke 2 (Eingang Straßenbahnhaltestelle Lange Brücke)  
14473 Potsdam

**Rathenow**

Berliner Straße 15 (Stadtverwaltung)  
14712 Rathenow

**Rüdersdorf** (Energiesparberatung)

Brückenstraße 93, Bürgerzentrum Brücke  
15562 Rüdersdorf bei Berlin

**Schwedt (Oder)**

Handelsstraße 1  
16303 Schwedt (Oder)

**Senftenberg**

Fischreiherstraße 5  
(Zugang über Einkaufspassage)  
01968 Senftenberg

**Spezifische Beratung:****Deutsch-polnisches VerbraucherInformationsZentrum**

Karl-Marx-Straße 7  
15230 Frankfurt (Oder)  
Telefon: (0335) 500 80 650

**MOBI – Mobile Ernährungsberatung**

Templiner Straße 21 14473 Potsdam  
Telefon: (0331) 298 71 53  
Fax: (03 31) 298 71 52  
Terminvereinbarung für Sonderaktionen  
(keine Beratung)

**Unabhängige Patientenberatung**

Babelsberger Straße 16  
14473 Potsdam  
Telefon: (0331) 200 6560

**Telefonische Beratung:****Markt und Recht, Reise und Mobilität, Telefon und Internet, Grundberatung zur Altersvorsorge, Geldanlage und Versicherung**

09001 / 775 770

Mo – Fr: 9 – 18 Uhr

(1 €/min aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend)

**Ernährung**

0180 / 579 13 52

Mo, Mi, Do: 10 – 16 Uhr

(14 ct/min aus dem deutschen Festnetz, Mobilfunk abweichend)

**Unabhängige Patientenberatung**

0800 / 011 77 22

Mo – Fr: 10 – 18 Uhr

(kostenfrei)



## 5.2 Überwachungsbehörden und -einrichtungen im Verbraucherschutz

### Oberste Überwachungsbehörde

**Ministerium für Ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Verbraucherschutz  
des Landes Brandenburg**

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: (03 31) 866 - 0

E-Mail: [pressestelle@mluv.brandenburg.de](mailto:pressestelle@mluv.brandenburg.de)

### Obere Überwachungsbehörden

**Landesumweltamt Brandenburg**

Seeburger Chaussee 2

14476 Potsdam, OT Groß Glienicke

Telefon: (033 201) 442 - 0

E-Mail: [infoline@lua.brandenburg.de](mailto:infoline@lua.brandenburg.de)

**Landesamt für Verbraucherschutz,  
Landwirtschaft und Flurneuordnung**

Mühlroser Chaussee 50

15236 Frankfurt (Oder)

Telefon: (03 35) 521 7310

E-Mail: [poststelle@lvlf.brandenburg.de](mailto:poststelle@lvlf.brandenburg.de)

**Landeslabor Berlin-Brandenburg**

Invalidenstraße 60

10557 Berlin

Telefon: (030) 397 8430

E-Mail: [poststelle@landeslabor-bbb.de](mailto:poststelle@landeslabor-bbb.de)

## **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter**

### **Kreisfreie Städte**

#### **Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel**

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Sachgebiet Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Klosterstraße 14

14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: (033 81) 585 360

E-Mail: veterinaeramt@stadt-brandenburg.de

#### **Stadtverwaltung Cottbus**

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Karl-Marx-Straße 67 (Technisches Rathaus)

03046 Cottbus

Telefon: (03 55) 612 3915

E-Mail: veterinaeramt@cottbus.de

#### **Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)**

Amt für Öffentliche Ordnung

Abteilung Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Goepelstraße 38 (Stadthaus)

15234 Frankfurt (Oder)

Telefon: (03 35) 552 3940

E-Mail: vet@frankfurt-oder.de

#### **Landeshauptstadt Potsdam**

Fachbereich Soziales, Gesundheit und Umwelt

Bereich Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Friedrich-Ebert-Straße 79 – 81 (Haus 2)

14469 Potsdam

Telefon: (03 31) 289 1817

E-Mail:

veterinaerwesen@rathaus.potsdam.de

## **Gesundheitsämter (Trink- und Badegewässer)**

#### **Stadtverwaltung Brandenburg an der Havel**

Gesundheits-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt

Klosterstraße 14

14770 Brandenburg an der Havel

Telefon: (0 33 81) 585 301

E-Mail:

gesundheitsamt@stadt-brandenburg.de

#### **Stadtverwaltung Cottbus**

Fachbereich Gesundheit

Puschkinpromenade 25

03044 Cottbus

Telefon: (03 55) 6 2 3210

E-Mail: gesundheitsamt@cottbus.de

#### **Stadtverwaltung Frankfurt (Oder)**

Gesundheitsamt

Bardelebenstraße 1

15230 Frankfurt (Oder)

Tel.: (03 35) 5 52 53 00

E-Mail: gesundheitsamt@frankfurt-oder.de

#### **Landeshauptstadt Potsdam**

Fachbereich Soziales, Umwelt und Gesundheit

Bereich Gesundheitsamt

Hegelallee 6 – 10

14469 Potsdam

Telefon: (03 31) 289 2350

E-Mail: gesundheitsamt@rathaus.potsdam.de



## **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter**

### **Landkreise**

#### **Landkreis Barnim**

Verbraucherschutz und Gesundheitsamt  
Sachgebiet Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Am Markt 1 (Paul Wunderlich Haus)  
16225 Eberswalde  
Telefon: (033 34) 214 1600  
E-Mail: veterinaeramt@kvbarnim.de

#### **Landkreis Dahme-Spreewald**

Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft  
Hauptstraße 51  
15907 Lübben (Spreewald)  
Telefon: (035 46) 201 613  
E-Mail: veterinaeramt@dahme-spreewald.de

#### **Landkreis Elbe-Elster**

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Nordpromenade 4 a  
04916 Herzberg  
Telefon: (035 35) 462 681  
E-Mail: veterinaeramt@lkee.de

#### **Landkreis Havelland**

Landwirtschafts-, Veterinär- und Lebensmittelüberwachung  
Goethestraße 59 – 60  
14641 Nauen  
Telefon: (033 21) 403 5510  
E-Mail: veterinaeramt@havelland.de

#### **Landkreis Märkisch-Oderland**

Fachbereich I  
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Puschkinplatz 12  
15306 Seelow  
Telefon: (033 46) 850 683  
E-Mail: veterinaeramt@landkreismol.de

## **Gesundheitsämter (Trink- und Badegewässer)**

#### **Landkreis Barnim**

Verbraucherschutz und Gesundheitsamt  
Sachgebiet Gesundheitsamt  
Am Markt 1 (Paul Wunderlich Haus)  
16225 Eberswalde  
Telefon: (033 34) 214 1601  
E-Mail: gesundheitsamt@kvbarnim.de

#### **Landkreis Dahme-Spreewald**

Gesundheitsamt  
Schulweg 13  
15711 Königs Wusterhausen  
Telefon: (033 75) 262 145  
E-Mail: gesundheitsamt@dahme-spreewald.de

#### **Landkreis Elbe-Elster**

Gesundheitsamt  
Grochwitzer Straße 20  
04916 Herzberg/Elster  
Telefon: (035 35) 463 101  
E-Mail: gesundheitsamt@lkee.de

#### **Landkreis Havelland**

Gesundheitsamt  
Forststraße 45 A  
14712 Rathenow  
Telefon: (033 85) 551 7101  
E-Mail: Erich.hedtke@havelland.de

#### **Landkreis Märkisch-Oderland**

Fachbereich II, Gesundheitsamt  
Ernst-Thälmann-Straße 19 b  
15306 Seelow  
Telefon: (033 46) 850 626  
E-Mail: gesundheitsamt@landkreismol.de

## **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsämter**

### **Landkreis Oberhavel**

Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz  
Fachdienst Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Karl-Marx-Platz 1  
16775 Gransee  
Telefon: (0 33 01) 601 6231  
E-Mail: veterinaeramt@oberhavel.de

### **Landkreis Oberspreewald-Lausitz**

Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Dubinaweg 1, Haus III  
01968 Senftenberg  
Telefon: (035 73) 870 4401  
E-Mail: vet-amt@osl-online.de

### **Landkreis Oder-Spree**

Dezernat I,  
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt  
Schneeberger Weg 40  
15848 Beeskow  
Telefon: (033 66) 35 1390  
E-Mail: veterinaeramt@landkreis-oder-spree.de

### **Landkreis Ostprignitz-Ruppin**

Amt für Verbraucherschutz und Landwirtschaft  
Virchowstraße 14 – 16  
(Sitz: Neustädter Straße 14)  
16816 Neuruppin  
Telefon: (033 91) 688 3901  
E-Mail: veterinaeramt@o-p-r.de

### **Landkreis Prignitz**

Geschäftsbereich IV  
(Veterinärdienste, Landwirtschaft und Ordnung)  
Sachbereich Veterinäraufsicht und Verbraucherschutz  
Berliner Straße 49  
19348 Perleberg  
Telefon: (038 76) 713 411  
E-Mail: veterinaeramt@lkprignitz.de

## **Gesundheitsämter (Trink- und Badegewässer)**

### **Landkreis Oberhavel**

Fachbereich Gesundheit und Verbraucherschutz  
Havelstraße 29  
16515 Oranienburg  
Telefon: (033 01) 601 751  
E-Mail: fb-gesundheit@oberhavel.de

### **Landkreis Oberspreewald-Lausitz**

Gesundheitsamt  
Großenhainer Straße 62  
01968 Senftenberg  
Telefon: (035 73) 870 4301  
E-Mail: gesundheitsamt@osl-online.de

### **Landkreis Oder-Spree**

Gesundheitsamt  
Liebknechtstraße 21 – 22  
15848 Beeskow  
Telefon: (033 66) 351 530  
E-Mail: gesundheitsamt@l-os.de

### **Landkreis Ostprignitz-Ruppin**

Gesundheitsamt  
Neustädter Straße 44  
16816 Neuruppin  
Telefon: (033 91) 688 5330  
E-Mail: gesundheitsamt@o-p-r.de

### **Landkreis Prignitz**

Geschäftsbereich V  
Sachbereich Amtsärztlicher Dienst  
Berliner Straße 49  
(Sitz: Wittenberger Straße 45 a)  
19348 Perleberg  
Telefon: (038 76) 713 501  
E-Mail: info@landkreis-prignitz.de



## **Veterinär- und Lebensmittelüberwachungs- ämter**

### **Landkreis Potsdam-Mittelmark**

Fachbereich Umwelt, Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Niemöllerstraße 1  
(Sitz: Weitzgrunderweg 23)  
14806 Belzig  
Telefon: (033 841) 91 271  
E-Mail: [vetamt@potsdam-mittelmark.de](mailto:vetamt@potsdam-mittelmark.de)

### **Landkreis Spree-Neiße**

FB Landwirtschaft /  
Veterinär- und Lebensmittelüberwachungs-  
amt  
Heinrich-Heine-Straße 1  
03141 Forst  
Telefon: (035 62) 986 18 301  
E-Mail: [landwirtschaftsamt@lkspn.de](mailto:landwirtschaftsamt@lkspn.de)

### **Landkreis Teltow-Fläming**

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Sachgebiet Verbraucherschutz  
Am Nuthefließ 2  
14943 Luckenwalde  
Telefon: (033 71) 608 2201  
E-Mail: [marlies.schneller@teltow-flaeming.de](mailto:marlies.schneller@teltow-flaeming.de)

### **Landkreis Uckermark**

Gesundheits- und Veterinäramt  
Sachgebiet Veterinärangelegenheiten  
Karl-Marx-Straße 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (039 84) 701 139  
E-Mail: [ata@uckermark.de](mailto:ata@uckermark.de)

## **Gesundheitsämter (Trink- und Badegewässer)**

### **Landkreis Potsdam-Mittelmark**

Fachdienst Gesundheit – Gesundheitsamt  
Niemöller Straße 1  
14806 Belzig  
Telefon: (033 841) 91 297  
E-Mail:  
[gesundheitsamt@potsdam-mittelmark.de](mailto:gesundheitsamt@potsdam-mittelmark.de)

### **Landkreis Spree-Neiße**

Fachbereich Gesundheit  
Heinrich-Heine-Straße 1  
03149 Forst/Lausitz  
Telefon: (035 62) 986 15301  
E-Mail: [gesundheitsamt@lkspn.de](mailto:gesundheitsamt@lkspn.de)

### **Landkreis Teltow-Fläming**

Amt für Gesundheit und Verbraucherschutz  
Gesundheit  
Am Nuthefließ 2  
14943 Luckenwalde  
Telefon: (033 71) 608 3800  
E-Mail: [ruediger.lehmann@teltow-flaeming.de](mailto:ruediger.lehmann@teltow-flaeming.de)

### **Landkreis Uckermark**

Gesundheits- und Veterinäramt  
Karl-Marx-Straße 1  
17291 Prenzlau  
Telefon: (039 84) 70 1153  
E-Mail:  
[gesundheits-und-veterinaeramt@uckermark.de](mailto:gesundheits-und-veterinaeramt@uckermark.de)





**Ministerium für Ländliche Entwicklung,  
Umwelt und Verbraucherschutz**

Presse und Öffentlichkeitsarbeit

Heinrich-Mann-Allee 103

14473 Potsdam

Telefon: (0049) 03 31/8 66 - 72 37 und 70 17

Fax: (0049) 03 31/8 66 - 70 18

E-Mail: [Pressestelle@MLUV.Brandenburg.de](mailto:Pressestelle@MLUV.Brandenburg.de)

[www.mluv.brandenburg.de](http://www.mluv.brandenburg.de)

